

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 3a, Fernruf: 77, Jannowitz, 5069, Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 161 B

BERLIN • Dienstag, den 12. Juli 1932

1. JAHRGANG

Der Bürgerkrieg der SA.

AUS DEM INHALT: Stundenlange Gefechte. / Wieder sechs Tote.

Das Echo von Lausanne.
Nazis marschieren durch Berlin.
Antifaschistische Aktion der KP.
Leonard Nelson zum 50. Geburtstag.
Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Japan.
Afrikanische Neger noch immer in Sklaverei.

Die Aussichten der weltlichen Schule.

M. S. Das Zentrum bereitet seinen Wahlkampf vor. Nachdem der ehemalige Reichskanzler Brüning neulich in seiner großen Wahlrede den Anschluß an die Rechte gesucht und der Sozialdemokratie die Versicherung gegeben hat, daß ihr gegenüber niemals eine Bindung bestanden habe, geht nunmehr auch die „Germania“ ins Zeug. In zwei schneidigen Artikeln verurteilt der ehemalige Reichskanzler Marx das Zentrum gegen die Angriffe von rechts, das Zentrum sei „um irgend welcher Machtgelüste willen“ seiner katholischen Überzeugung untreu geworden. Das „fünfelige“ Zusammengehen mit der ungläubigen Sozialdemokratie, das diesen Angriffen als Beweisgrund dienen soll, stellt Marx deutlich hin als das, was es war: als eine Koalition, in der die Sozialdemokratie ihre Überzeugungen preisgab, ihre Macht einbüßte und das Zentrum fast alle Machtgelüste befriedigte, die es seiner katholischen Überzeugung schuldig war.

Es sind keine überwältigend neuen Tatsachen, die Marx hier zur Rechtfertigung der bisherigen Zentrumspolitik vorbringt. Aber es ist gut, sich dieser Tatsachen noch einmal zu erinnern, damit wir wissen, was für Vorteile das Zentrum aus dieser jahrelangen Verbrüderung mit der Linken heimgebracht hat, wie es nichts eingebüßt hat, gar nichts, auch nicht auf kulturpolitischem Gebiet, wie es im Gegenteil alles vorbereitet hat, um bündnisfähig nach rechts hin zu sein. Als Mahnung an alle, die trotzdem mit einem geschwächten Zentrum rechnen und zugleich als Abschiedswort an die sozialdemokratische Partei vorsichert Marx,

„daß die katholische Kirche durch die Verfassung von Weimar eine Freiheit erworben hat, die sie niemals erlangen konnte, solange die konservativen und freikonservativen Elemente zusammen mit den liberalen Kreisen die Herrschaft behielten.“

Freilich ist auch Marx keineswegs völlig einverstanden mit den Artikeln der Weimarer Verfassung, die die Schule betreffen. Aber bei dem Übergewicht der Linken mit ihren 200 Stimmen gegenüber 154 Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei und des Zentrums war damals nur „durch geschicktes Verhandeln“ ein Erfolg herbeizuführen, ein Erfolg, der nach Marx' Worten nicht ausgeblieben ist.

„Diese linken Parteien hätten allein die Artikel über die Schule so gestalten können, wie sie es für richtig hielten!“
Denn, daß das Zentrum nicht in der Opposition blieb, sondern sich „Klug einschaltete“, hat es vor allem das Elternrecht in die Schulartikel der Verfassung hineingebracht, aus denen eines Tages, wenn die Machtverhältnisse geändert sein werden, die Konfessionsschule wie der Falter aus der Puppe erstehen wird.

Am lehrreichsten sind die Ausführungen von Marx gegenüber dem Vorwurf der Rechten, daß die weltliche, religionslose Schule überhaupt bei der Verfassungsberatung in Betracht gezogen sei. Marx gibt unverblümt den Grund an, der ihm, dem Katholiken, die Zulassung weltlicher Schulen ratsam erscheinen läßt: „Ich erlange mit der Zulassung der weltlichen Schule den Vorteil, daß die Kinder, die religionslos erzogen werden sollen, aus der konfessionellen Schule verschwinden.“ Er warnt vor dem Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der sogenannten Sammelschulen in Preußen; er wird von den Katholiken strikt abgelehnt werden. Das Zentrum wird es nicht verantworten, „die reinliche Scheidung, wie sie durch die Sammelschulen herbeigeführt worden ist, zu beseitigen.“

Die Festigkeit, die Marx hier dem Ansturm der Rechten auf die weltliche Schule entgegensetzt, hat nichts mit Toleranz zu tun, nichts mit dem Anspruch der sozialistischen Weltanschauung auf Gleichberechtigung. Die Erhaltung der Sammelschulen unter der Befürwortung des Zentrums bezweckt

Nachdem in der vergangenen Woche die blutigen Zusammenstöße mit SA etwas nachgelassen hatten, mindestens nicht durch Todeserfolge auffielen, hat das Wochenende einen starken Anstieg dieser Straßenkämpfe gebracht. Meist spielten sich die Schießereien im Anschluß an SA-Aufmärsche und Lastauto-Transporte von SA ab.

Eine Schlacht unter Beteiligung von etwa 600 Personen fast aller politischer Richtungen wurde anläßlich eines SA-Appells am Freitag in Schmiedeberg (Niederschlesien) geschlagen. Sie dauerte von 21 bis 1 Uhr. Blutbesudelte Straßen. 24 Verletzte, darunter vier lebensgefährlich.

Am Sonnabend schoß in Hindenburg SA von einem Lastauto aus in eine Gruppe von Arbeitern. Ein Brustschuß, ein Bauchschuß. Die Nazis gaben nach dem Polizeibericht die Schüsse zu. Sie konnten nicht gut anders: die Polizei fand auf dem Lastwagen mehrere Pistolen, aus denen soeben Schüsse abgegeben worden waren.

In Duisburg-Hamborn wurde bei Zusammenstößen anläßlich eines SA-Aufmarsches

am Sonnabend ein Arbeiter erschossen.

Auch in Neukölln fanden am Sonnabend blutige Auseinandersetzungen mit Nazis statt.

In der Nacht zum Sonntag wurde geschossen, als ein Nazi-Lastauto den Ort Clausdorf in der Gegend von Hamburg durchfuhr.

Am Sonntag fanden leichtere Gefechte statt in Neustadt (Pfalz), in Pfalz bei Trier und an der Stadtgrenze von Wuppertal. Außerdem zwei schwere Gefechte: in Eckernförde und in Ohlau (Schlesien).

In Eckernförde SA-Aufmarsch:

das Gewerkschaftshaus schwer beschädigt; ein Reichsbannermann tot.

Durch Ohlau kam SA auf Lastautos von einem Aufmarsch in Brieg zurück. Das Gefecht, an dem Kommunisten und Reichsbannerleute teilgenommen haben sollen, konnte von der verstärkten Polizei nicht zur Ruhe gebracht werden.

Reichswehr griff ein. Zwei SA-Leute tot; 30 Verletzte.

Stimmlisten kontrollieren! Sie liegen bis zum 17. Juli aus.

Mons im Belagerungszustand. Streikunruhen im ganzen Land.

Die Arbeiter der Seidenfabriken von Tubize (Belgien) und der Eisenwerke von Chabecq haben sich dem Streik der belgischen Kohlenarbeiter angeschlossen.

In der Stadt Mons ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Polizei durchfährt mit Maschinengewehrautos die Straßen. Im ganzen Streikgebiet kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei.

nichts anderes als die Abdrängung der „Ungläubigen“ in eine Sonderschule, die Schaffung einer Erziehungsstätte, an der sich die Verachtung der Frommen in Worten und Taten gütlich tun kann.

Diese Absicht der Katholiken und die nicht zu unterschätzende Gefahr, die damit allen Sammelklassen inmitten eines bereits an sich hinreichend unfreien Volkes droht, bietet uns Anlaß, zu der Frage der weltlichen Schule in der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen.

Der Plan, ein Ghetto der Widerspenstigen zu schaffen, mit der Hoffnung, dadurch ihre Werbekraft zu brechen, ist einstweilen nur die Absicht der Kirchenvertreter, mehr nicht. Dies durchschauen, führt zu der Frage: wie diese Absicht durchkreuzen und durch wen?

So viel steht fest, was aus der weltlichen Schule wird, wenn sie rechtlich zugelassen ist, ist nicht nur Sache derer, die sie von draußen bedrängen, sondern vor allem derer, die sie von innen her aufbauen! Der Geistesschutz, den Freidenkerkinder in weltlichen Klassen durch ihre Lehrer genießen können, der Kampfgeist, der durch die Sonderstellung solcher Schulen geweckt werden kann, diese beiden Güter stehen hoch genug — wenn sich die Lehrer und die Elternschaft ihrer

In Plauen wurde ein Kommunist erschossen.

In Breslau wurden 8 Reichsbannerleute und ein Nationalsozialist verletzt.

In Witten erlitten ein Nazi und ein Reichsbannermann schwere Verletzungen.

In Immenstadt erhielt ein Kommunist Messerstiche in Hals und Brust, ein SA-Mann wurde durch einen Schlag mit der Zäunlatte schwer verletzt.

In Köln erschoss ein Nazi einen Angehörigen der „Antifaschistischen Aktion“.

Man hatte in den letzten Tagen den Eindruck, besonders an dem Verhalten der Prose der Arbeiterschaft, daß die oberen Parteinstanzen dem Verlangen nach Einheitsfront gegenüber sich weniger aufgeschlossen verhielten, als sie es noch vor einer Woche taten. Mag sein, daß die verhältnismäßige Zurückhaltung der NS und ihrer Freunde zu der nachlässigen Behandlung der Frage der Einheitsfront beigetragen hat. Es ist das typische Zeichen von Willenlosigkeit, wenn jemand erst unter dem Druck der Angst und der Gefahr zu Taten geneigt ist.

Die Gefahr ist an diesem Sonnabend-Sonntag wieder signifikant worden mit vier Toten und einer Unzahl Verletzter.

Die Christen werden deutlich! Grobschmiede für Goebbels.

Am Sonntag fand in Essen eine Kundgebung der christlichen Metallarbeiter statt, an der etwa 10 000 Menschen teilnahmen und auf der unter anderem Hirtzsiefer, der stellvertretende preußische Ministerpräsident, sprach. Nach dem Bekenntnis seiner Vorliebe für die „Männer der schwierigen Faust“ gegenüber denen von Herrenklub richtete er an Goebbels Adresso folgendes deutliche Wort:

Wenn der kleine Führer einer großen Partei neulich gesagt habe: „Gehenkt wird doch!“, dann mache er diesen Herrn darauf aufmerksam, daß es unter den christlichen Arbeitern auch Grobschmiede gebe. Die deutsche Arbeiterschaft werde ihre Freiheit bis zum äußersten verteidigen.

Ein Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte, wie man mit der französischen Besetzung fertigwerden sei, so werde man auch mit der braunen Besetzung fertig werden.

Am Sonnabend entbrannte in der Nähe von Charleroi eine regelrechte Schlacht, an der etwa 700 Streikende teilnahmen. Steinwürfe und vereinzelt Schüsse von selten der Streikenden — die Polizei setzte Säbel und Schußwaffen in Tätigkeit.

In der Nacht zum Sonntag drangen 6000 Streikende in Marchienne au Pont in die Villa des Direktors einer Bergwerksgesellschaft ein und setzten sie in Brand. Erst nach langen Kämpfen trieb die Polizei die Aufständischen auseinander.

Die Provinz Hennegau macht den Eindruck eines Landes unter Belagerungszustand.

annehmen —, um die Opfer zu rechtfertigen, die in materieller Hinsicht den Schülern solcher Klassen während ihrer Schulzeit und mindestens noch während ihrer Lehrzeit zugemutet werden.

Heute steht es vielfach nicht gut um den Geist dieser Schulen. Der Dogmatismus — diese Lehre, die immer wieder meint, mit Einpaucken von fertigen Lehrsätzen Schlagkraft zu erzeugen — haust auch in diesen Werkstätten der Bildung in Gestalt aufgepfropfter materialistisch-politischer Überzeugungen. Ferner zeigen sich bereits vielfach die Wirkungen der inneren und äußeren Zurücksetzung, unter der die Sammelklassen stehen; Anzeichen der Ermüdung, des Stillstehens und Zweifelns sind da. Aber gerade diese Symptome lassen sich beseitigen, indem die Achtung aller Freidenker diesen Schulen zuteil wird und damit das Selbstgefühl aller in ihnen Wirkenden gestärkt wird. Der Kampf mit dem politischen Dogmatismus ist schwer; aber er ist bei weitem nicht so aussichtslos wie in den Kirchenschulen, wo der Dogmatismus keine bloß taktische Maßnahme, sondern Lebensprinzip ist. All dieses können wir durch einen starken Zustrom frischer Kräfte überwinden, durch eine Propaganda, die schon jetzt sich für den Ausbau der Sammel-

Das Echo des Lausanner Abkommens.

Aus Mac Donalds Schlußrede: „Ein Erfolg ist erzielt worden. Die Einigung war nicht leicht. . . . Auf dieser Konferenz sind neue Seiten der Weltgeschichte geschrieben worden. . . . Es ist gerecht und selbstverständlich, daß Deutschland sich an dem Wiederaufbau Europas beteiligt und hierbei einen guten Teil der Arbeit auf sich genommen hat. . . .“

Herriot vor der Pariser Presse: „. . . Das Ergebnis ist vorzüglich. . . . Was man besonders verstehen und im Auge behalten muß, ist die Tatsache der engen Verbindung zwischen den Reparationen und den interalliierten Schulden. . . . Wenn die amerikanische Regierung das Lausanner Abkommen für gut befindet, und wenn über die Schuldenfragen ein befriedigendes Abkommen getroffen werden kann, so wird die in Lausanne getroffene Reparationsregelung ratifiziert werden und ihre Früchte tragen. Im andern Fall erlangt jeder seine Handlungsfreiheit wieder.“

Herriot zu einem deutschen Journalisten: Frankreich sei auf dem Weg der Opfer bis zum äußersten gegangen. Die Frage sei nun, ob das deutsche Volk auf dem Weg der Versöhnlichkeit Frankreich gegenüber fortschreiten werde.

Der Chor der Presse. Deutschland.

„Die Rote Fahne“: Nieder mit dem Pakt von Lausanne. „Der Versailler Schandpakt bleibt. . . . Macht mobil für die Liste 3. . . . Die Liste der Todfeinde von Versailles!“ „Tributfront von Hitler bis Wels.“

„Deutsche Zeitung“: „Rückzug von Frankreich. Unmögliches Angstlösung.“

„Berliner Börsenzeitung“: „Es wäre u. E. notwendig gewesen, daß der Kanzler dem deutschen Volk mit aller Deutlichkeit erklärt hätte, warum und durch wessen Widerstand die Diffamierungen aus dem Versailler Diktat bestehen bleiben.“

Hugenberg zu einem Interviewer: „Die Deutschen würden in strikte Opposition zur Regierung Papen treten, wenn diese sich auf weitere „Tributzahlungen“ einließen.“

Hitler vor einer SA- und SS-Versammlung: Er ziehe einen scharfen Trennungsstrich zwischen der NSDAP und der Regierung Papen. Dieser Vertrag, der eine Belastung des deutschen Volkes mit drei Milliarden bringe, werde in sechs Monaten nicht mehr als drei Mark wert sein.

Die „Germania“ möchte „bereits jetzt feststellen, daß uns diese Lösung keinesfalls gefällt. . . . Zweifellos wäre bei den schweren taktischen und politischen Fehlern der deutschen Delegation der Lausanner Reparationskampf noch viel ungünstiger ausgefallen, hätte nicht die weitsichtige und ersprießliche Vorbereitungsarbeit Brüning's vorgelegen, der die Konferenz, lange ehe sie begann, bereits psychologisch gewonnen hatte.“

„Berliner Tageblatt“: „Das, was in Lausanne erreicht worden ist, zeigt deutlicher als alles andere, wie richtig die Außenpolitik der republikanischen Parteien in Deutschland gewesen ist. . . . Nein, wir werden uns nicht denjenigen anschließen, die Herrn von Papen jetzt angreifen, weil er in Lausanne nicht im starren Nein der Weisheit letzten Schluß sah. . . . es wäre noch leichter, Herrn von Papen gegen die Kritiker zu verteidigen, die heute aufstehen, wenn er nicht selbst aus jenen Regionen entsandt worden wäre. . . .“

stellungen so vage gehalten, daß die Annahme des Entwurfs keiner der beteiligten Mächte eine Verpflichtung auferlegt. Der Entwurf enthält keine Zahlenangabe und daher kein Maß für die von allen als notwendig anerkannte Abrüstung. Es ist nur die Rede davon, daß gewisse Typen schwerer Bombenflugzeuge, besonders schwere Tanks, Geschütze oberhalb eines noch zu bestimmenden Kalibers verboten werden sollen — Verbote, die in dieser Form, die voraussichtlich nicht so bald schärfer gefaßt werden wird, völlig harmlos sind. Nur der Giftgaskrieg und die chemischen und bakteriologischen Kriegsmittel sollen nach dem Entwurf endgültig verboten werden.

„Die Polizisten sind als absolut Regierungstreu anzusehen, aber sie können von den auf die Züge verteilten bewaffneten Stoßtrupps überwältigt werden. Schwieriger ist die zweite Frage. Gegen das Militär können wir mit unseren paar Waffen nicht viel ausrichten. Ich habe versucht, die Soldaten für den bevorstehenden Kampf zu gewinnen. Ich habe auch in mancher Kaserno Anschluß gefunden und weitgehende Unterstützung und Zusagen von Soldaten erhalten. Viele sind auf unserer Seite. Aber es ist schwer, ein zuverlässiges Urteil über die Haltung im ganzen zu gewinnen. Besonders, weil die Militärbehörde eine dauernde Verschiebung vornimmt und auch in den letzten Tagen wieder die Bestände der Garnison mit Provinztruppen aufgefüllt hat, denen die politischen Verhältnisse vollständig fremd sind. Das Militär muß durch die von allen Seiten anstürmenden Massen isoliert werden. Die Masse muß mit den Soldaten fraternisieren und sie auf unsere Seite herüberziehen!“

„Wann sollen wir losschlagen, das ist die Frage!“

„Wir dürfen nicht mehr lange warten!“

„Warten kann uns allen den Kopf kosten!“

Ein Motorenchlosser von Daimler erzählt:

„Wir bei Daimler und auch die aus der Stockbude sind mit den Soldaten aus der Dragonerkaserno einig. Wir marschieren durch Tempelhof, und vorm Halleschen Tor laufen die Soldaten über.“

In diesem Moment geht die Tür auf, — Liebknecht!

Die Arbeiter drehen sich um, die meisten kennen ihn. Aber es ist lange her, seit sie ihn gesehen haben — vor dem Kriege in irgendeiner Versammlung; einige waren auch 1916 auf dem Potsdamer Platz, als Liebknecht zum Kampf gegen den Krieg und zur Revolution aufrief. Zu lauten Kundgebungen ist hier nicht der Ort. Die an der Tür schütteln ihm die Hand, andere winken ihm zu:

„Karl!“

„Du kommst zur rechten Zeit!“

„Jetzt ist's so weit, es geht bald los!“

Barth stellt mit Unbehagen fest, daß Liebknecht, obwohl er ihn gebeten hat, allein zu kommen, noch vier Genossen aus der Spartakusgruppe mitbrachte, den gestern aus Holland eingetroffenen Pieck und den ehemaligen Wanderlehrer der

„Vorwärts“: „Verständigung siegt!“ „Herr von Papen ist mit einem schönen Erfolg der Erfüllungspolitik heimgekehrt. Die deutsche Delegation erntete die Früchte der von der deutschen Sozialdemokratie geleisteten Aufklärungsarbeit.“ „Herr von Papen“, der in Lausanne in einen Erfolg hineingestolpert ist . . .“

Italien.

Im halbamtlichen „Giornale d'Italia“ erklärt Gaido, man könne jetzt im Hinblick auf die von Deutschland zu zahlende geringe Summe von einer Streichung der Reparationen sprechen. Das Abkommen bedeute den Anfang des von Mussolini geforderten „Schwamm drüber“.

„Lavoro Fascista“: Ein Erfolg, der als Vorbereitung für weitere Beschlüsse zu werten sei.

„Osservatore Romano“ (Vatikan-Blatt): Glücklicher Abschluß der Lausanner Konferenz; ein besonderer Willensakt für den mühevollen Wiederaufbau der ganzen Nachkriegswelt.

Frankreich.

„Toms“ (großkapitalistisch): Das Hauptergebnis sei die enge französisch-englische Zusammenarbeit, die nunmehr auf einer gesunden Grundlage aufgebaut sei.

„Petit Parisien“ (bürgerliche Mitte): „Die Lösung, die nach drei Wochen harter Anstrengung erreicht worden ist, ist die beste, die man wünschen konnte. . . . Herriot hat das Recht, auf das Ergebnis seiner Bemühungen stolz zu sein. Alle direkten und indirekten Versuche, eine Debatte, die er auf das rein wirtschaftliche und finanzielle Gebiet beschränken wollte, auf das politische Gebiet hinüberzuleiten, sind an seiner klarblickenden Festigkeit gescheitert.“

„Républicain“ (das Blatt Herriots): „Die Welt wird aus dieser Geste schließen, daß die Zeit der Gehässigkeit auf immer verschwunden ist. . . .“

Am Sonntag wendeten sich die meisten französischen Blätter der Frage zu, ob nun Amerika die Schulden streichen werde. Von dieser Frage hängt es ab, ob das Abkommen ratifiziert werden könne.

Im „Populaire“ (sozialistisch) schreibt Leon Blum, alles hänge nun von Amerika ab; wenn die auf Amerika gesetzten Hoffnungen enttäuscht würden, so würde Europa juristisch wieder unter dem Young-Plan zurückfallen und praktisch in ein Chaos. Ob Amerika zusage, werde vom Verlauf der Abrüstungskonferenz abhängen. Das Schwergewicht der französischen Politik müsse daher jetzt nach Genf verlegt werden. Die Hoover'sche Abrüstungsdenkenschrift müsse die Grundlage der Abrüstungsverhandlungen werden. Es sei bedauerlich, daß Frankreich sich diesen Vorschlägen nicht angeschlossen habe.

England.

Mac Donald ist in England stürmisch begrüßt und beglückwünscht worden. Die Presse stellt fast durchweg fest, daß die Einigung in Lausanne ein großer Schritt vorwärts zu den normalen Verhältnissen bedeute. Deutschland sei auch für die englischen Blätter die Frage, was Amerika machen werde.

„Daily Telegraph“ (konservativ): Es sei ein Werk von hoher Staatsweisheit, daß der Termin der Ratifikation unbestimmt gelassen worden sei. Trotzdem herrscht in diesem und auch in anderen Blättern ein Unbehagen darüber, welche Folgen dieser „weiße Fleck“ in dem Lausanner Abkommen haben könnte.

Die Diskussion des Entwurfs wird vermutlich noch zu erheblichen Streitigkeiten führen.

Ein Kommunist wurde erschossen bei Zusammenstoßen mit Polizei am Freitag in Ried bei Frankfurt/Main.

Fünf Tote, zehn Schwer- und 21 Leichtverletzte sind die Opfer der Kesselexplosion auf einem Berliner Vergnügungsdampfer, der am Sonntag vormittag am Charlottenburger Ufer Passagiere aufnahm.

Partei, den langen Privatgelehrten Duncker; die beiden andern kennt er nicht.

Barth macht den halblauten Ovationen ein Ende: „Ich erteile dem Genossen Lodebour das Wort!“

Lodebour hat als einer der ersten Parlamentarier in den Obleuten den Vortrupp der kommenden Revolution erkannt und für die Unabhängige Partei eine enge Fühlung mit diesem Kreis aufrechterhalten. Er schließt sich jetzt den Ausführungen Däumigs über die militärische Lage an und weist, wie die Zwischenrufer, auf die Gefahr hin, die ein Hinauszögern der Aktion in sich trägt.

Nach Lodebour spricht ein zweiter Unabhängiger:

„Es ist klar, daß wir nicht ohne bis ins letzte durchgeführte Vorbereitungen in den Kampf eintreten dürfen. Wir haben es in Berlin mit der stärksten Position der Regierung zu tun. Und wir müssen uns vergewissern, ob genügend Kräfte hinter uns stehen. Insbesondere müssen wir erst des Militärs sicher sein. Alles steht auf dem Spiel.“

Genossen, ich warne vor überstürztem Handeln. . . .“

Die Unabhängigen, die hart an den Grenzen des Erlaubten den Stimmungen der Arbeiter- und Soldatenmassen durch Parlament und Presse Ausdruck gaben, haben im gleichen Maße, in dem die Massen kriegsmüder wurden, sich von der Politik der alten Machthaber abgekehrt. Ihre Reden wurden radikaler, und sie trachteten danach, auf möglichst legalem Wege die Regierung und die Führer der alten Partei zu stürzen und die Staatspositionen und Ministerstellen mit ihren Leuten zu besetzen. Zur Erreichung dieses Zieles konnten die Obleute ihnen der beste Hebel werden. Aber sie wollen das Ziel mit geringstem Risiko erreichen. An der Schwelle der Revolution zögern sie.

Die Obleute unterbrechen den Redner.

„Nanu? Hast wohl 'n Bammel!“

„Wenn's soweit ist, wird gebremst!“

„Immer drauf los — wie ich und der Richard mit der Munitionskiste!“

„Wenn's nach den Generälen geht, dann bereiten wir so lange vor, bis wir alle im Massengrab liegen!“

Liebknecht meldet sich zum Wort. (Fortsetzung folgt.)

schulen einsetzt. Die Möglichkeit der Wahrung der Geistesfreiheit innerhalb der weltlichen Schulen ist auf alle Fälle größer als die lächerliche Erwartung, Dissidentenkinder würden in Konfessionsschulen nicht nur ihre Freiheit behaupten, sondern zellenbildend den Bau der Kirchenschulen unterhökeln.

Es gab eine Zeit, in der fortschrittlich denkende Lehrer dem Gedanken nahetreten konnten, der Simultanschule den Vorzug einzuräumen gegenüber der weltlichen Schule — in der Erwartung, daß die dort herrschende Toleranz der geeignetste Kampfplatz für Lehrer sei, die Rechte der Geistesfreiheit in offener Front gegenüber dem Angreifer zu erkämpfen. Die Erwägung hält heute unter dem Schatten der immer schwärzer werdenden Reaktion — wie mir scheint — nicht mehr stand. Die Simultanschulen werden Konfessionsschulen sein mit zweierlei „Bekanntnissen“ — weiter nichts, und damit verderblicher noch als die einseitige Konfessionsschule, die wenigstens den Anspruch anmeldet, daß es auf religiösem Gebiet nur eine Wahrheit gibt. Die Macht der vereinigten Kirchen, die sich mehr denn je des politischen Schutzes erfreuen, würde die Anstrengungen von Lehrern, die Frage der kirchlichen Wahrheit in Zweifel zu ziehen und vor den Kollegen, zur Diskussion zu stellen, zu einem ebenso aussichtslosen Unternehmen machen wie ihn der Versuch darstellt, den Mut von Kindern an dem Wortgefecht mit kirchenfrommen Parkern zu erproben.

bleibt also heute nur die Sammelschule — beschert oder doch erhalten von der Zentrumsparlei!

Eine unerwartete, aber doch von uns Freigeistern klug zu nutzende Wendung. Denn die Gelegenheit tut sich auf, von diesem Protektorat eines Tages Abschied zu nehmen mit einer Versicherung, die der der SP von Marx erteilten entspricht, ja über sie hinausgeht. Wenn Marx heute der SP bescheinigt, daß die Kirche in dieser Koalition eine Freiheit erworben hat, wie sie sie niemals unter der Rechten erworben hätte, so ist es unsere Aufgabe,

dem Zentrum zu bescheinigen, daß wir dank der Politik des Zentrums in den weltlichen Schulen den Mut zu einer Freiheit erworben haben, der stark genug ist, mit dem Kirchentum überhaupt Schluß zu machen.

Eine Aufgabe sozialistischer Ueberzeugungstreue, „um sehr bestimmter Machtgelüste willen!“ — um in der Marx'schen Sprache zu schließen.

Neuer Konflikt in Irland.

in London, 11. Juli.

Der Vertreter der englischen Krone, der irische Generalgouverneur MacNeill, hat jetzt mit seinem Rücktritt gedroht, falls de Valera nicht öffentlich Abstand nimmt von dem Verhalten seines Kabinetts gegenüber dem Gouverneur.

Es handelt sich hierbei in erster Linie um zwei Vorfälle: Als der irische Generalgouverneur zu einem Empfang des französischen Gesandten Anfang Mai d. J. erschien, verließen zwei irische Kabinettsmitglieder ostentativ den Raum. Bei den Empfangsfeierlichkeiten für den päpstlichen Legaten, Kardinal Lauri, bei der Eröffnung des Eucharistischen Kongresses war MacNeill absichtlich nicht eingeladen. Am vergangenen Sonntag drohte MacNeill in einem Schreiben an de Valera an, er werde den gesamten Briefwechsel veröffentlichen, falls innerhalb von drei Tagen keine genügende Entschuldigung von seiten der irischen Kabinettsmitglieder vorgebracht würde, die sich der „größten Unhöflichkeit“ schuldig gemacht hätten. Da diese Entschuldigung nicht erfolgte, wurde der Briefwechsel nunmehr veröffentlicht. De Valera verbot in den frühen Morgenstunden des Montags sämtlichen Dubliner Zeitungen, den Briefwechsel zu veröffentlichen. Wie „Daily Express“ meldet, beurteilt die englische Regierung die Lage sehr ernst.

Vor der Vertagung der Abrüstungskonferenz.

Die Vortäuschung von Ergebnissen.

Ehe die Abrüstungskonferenz in die Ferien geht, soll noch ein Entschließungsentwurf angenommen werden, der die erzielten „Ergebnisse“ festhält. Es ist nicht viel festzuhalten. Der englische Außenminister Simon, der den ersten Entwurf ausgearbeitet hat, hat denn auch vorsichtiger Weise seine Fest-

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

27)

THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Barth eröffnet die Sitzung wieder und führt aus: „Genossen! Ich habe Ihnen zunächst eine Mitteilung zu machen. Wir vom ‚Kopf‘ haben zu der heutigen Sitzung Karl Liebknecht eingeladen. Sie werden damit einverstanden sein. Aber was ich betonen wollte: Liebknecht ist in unserem Kreis wie jeder andere Vertreter einer politischen Partei zu behandeln: als Gast mit beratender Stimme. Ich erwarte, daß Sie sich durch das Erscheinen Liebknechts nicht von unserer geraden Linie abbringen lassen. Die Stunde, in der wir unsere Aufgabe zu vollbringen haben, ist nicht mehr fern. Die Siegesdrunkenheit der Herrschaffen ist augenblicklich einem ernüchternden Katzenjammer gewichen. Die Gottähnlichkeit der Hohenzollern und Ludendorffs ist in die Brüche gegangen. Der Hunger, das Elend, die Sorge, der Kummer, die Not haben den Schrei nach Friede und mehr noch, den Schrei nach Rache gegen die Schuldigen, in jedem Herzen entfacht.“

Unsere Vorbereitungen sind abgeschlossen. Der Aufmarschplan ist durchgesprochen und in allen Einzelheiten festgelegt. Waffen und Munition sind durch unsere Führer an die Stoßtrupps in den einzelnen Betrieben verteilt. Auf das Signal zum Kampf wird die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter marschieren in geschlossenen Zügen nach dem Innern der Stadt. Die Arbeiter aus dem Stadtinnern riegen die Hauptstraßen ab. In wenigen Stunden wird Berlin mit riesigen Menschenmassen angefüllt sein. . . .“

„Und was wird die Polizei machen?“

„Wie wird sich das Militär verhalten?“

„Zu diesen Fragen erteile ich dem Genossen Däumig das Wort.“

Ernst Däumig — preußischer Deserteur, französischer Fremdenlegionär, Schlafwagenkontrollleur, Journalist, bis zur Parteisplaltung Redakteur im „Vorwärts“ — spricht kurz und sachlich:

Leonard Nelson / Zum 50. Geburtstag am 11. Juli 1932

Die Not der Zeit.

Zwei falsche Deutungen und eine richtige.

Die Not der Zeit ist eine Frage des Charakters. Die beiden größten heute geltenden Lehren, die sich mit der Not der Zeit befassen, haben dieser Frage nicht die Bedeutung beigegeben, die ihr zukommt.

Die beherrschende Theorie der modernen Arbeiterbewegung: der historische Materialismus, hat die Rolle des Charakters zu einer untergeordneten abgestempelt durch seine Behauptung, alle Ideale seien lediglich Reflexe der in den vorhandenen ökonomischen Tatsachen auftretenden Widersprüche, und also praktisch bedeutungslos für die Gestaltung der Gesellschaft.

Die christliche Lehre, und zwar sowohl die katholische als auch die protestantische, hat zwar die Wichtigkeit des Charakters für die menschliche Gesellschaft betont, aber diesen selber durch ihre unwissenschaftlich-dogmatische Vermengung von Religion und Ethik zu einer Art Gehorsamsmaschine degradiert und daraus für den Menschen die Forderung des Untertanengeistes und der Knechtsgesinnung hergeleitet.

Beides: die Abstempelung des Charakters zu einem bloßen Untertanen sowie die zum großen Teil darauf beruhende falsche und zu weit reichende Reaktion: die selbständige Bedeutung des Charakters gänzlich abzulehnen, hat Leonard Nelson als unwissenschaftlich und schädlich für den Sozialismus nachgewiesen, und zwar in verständlicher, überzeugender Weise und außerordentlich schöner Form in seiner „philosophischen Rechtslehre und Politik“ und der „philosophischen Ethik und Pädagogik“. Es ist unmöglich, hier auch nur annähernd den wissenschaftlichen Gehalt an Einzelerkenntnissen wiederzugeben, den diese Bücher umschließen, oder auch nur halbwegs die Wirkung anzudeuten, die sie auf charakterlich noch nicht vollkommen verbildete Menschen ausüben. Hier soll nur soviel gesagt werden, daß in diesem Buch in bisher unerreichter Weise allen Leugnern der Rolle des Charakters wissenschaftlich der Todesstoß versetzt worden ist.

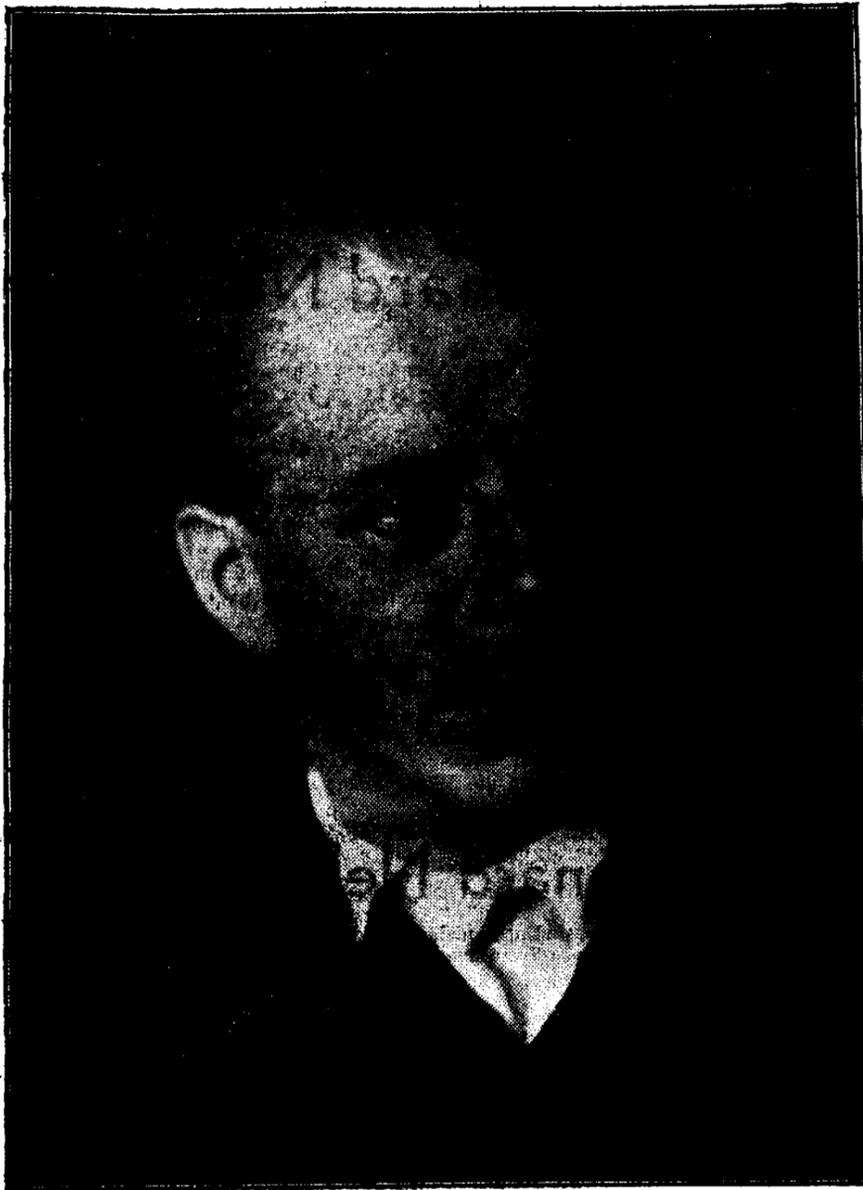
Welches ist die Rolle des Charakters?

In der menschlichen Gesellschaft geschieht nur das, für dessen Durchsetzung sich eine Macht einsetzt, und dies nur dann, wenn es gelingt, für diese Durchsetzung eine größere Macht aufzubieten als sie für entgegenstrebende Ziele wirkt. Diese Erkenntnis, die dem unverbildeten Geist geläufig ist, ist den verbildeten Geistern des historischen Materialismus und des Christentums zu einfach. Sie berufen sich ausdrücklich für ihre Deutung des Geschehens auf eine dem Willen des Menschen entzogene und überlegene Macht: der historische Materialist auf die selbständig sich gestaltenden Produktivkräfte, der Christ auf den Willen und die Hand Gottes.

Der wahrheitsliebende und gerade denkende Mensch lehnt beide Deutungen als Aberglauben, ab. Er hält sich an die Erkenntnis,

die in unbefangenen Äußerungen des Geistes der Arbeiterschaft sich zeigt:

„Es rettet uns kein höh'eres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun.“



Leonard Nelson.

Geboren: 11. Juli 1882. — Gestorben: 29. Oktober 1927.

Wenn dies wahr ist, dann kommt es darauf an, hinter das Ziel des Sozialismus, hinter die Forderung der ausbeutungsfreien Gesellschaft eine größere Macht zu setzen, als sie für gegenteilige Forderungen bisher eingesetzt worden ist und wird; die Forderung von Karl Marx gilt es zu verwirklichen: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Woran ist diese richtige und plausible Forderung bisher gescheitert? Sie scheitert im wesentlichen daran, daß der Forderung des Charakters nicht genügend Beachtung geschenkt worden ist, daß es nicht gelungen ist, in den Reihen der Arbeiterbewegung planmäßig das Gefühl für Solidarität und Aufopferung zu wecken, das nötig ist, um eine so ungeheure Anstrengung, vor allem moralischer Art, zuwege zu bringen. Diese Anstrengung ist nötig, weil der Sozialismus in der Regel Handlungen und Aktionen erfordert, die für die an ihnen Beteiligten kein Vergnügen darstellen. Die Arbeiterbewegung darf also nur von Menschen geführt werden, ja sie darf sogar überhaupt nur aus solchen bestehen, die ihren eigenen Vorteil, und zwar nicht nur den finanziellen, sondern auch den ideellen, zurückstellen können, d. h. die Arbeiterbewegung muß aus Menschen bestehen und geführt werden, die finanziell und auch sonst unbestechlich sind, die man weder durch Geld noch durch Schmeicheleien, noch durch Ehre oder Ruhm oder durch irgend eine andere Befriedigung einer bloßen Eitelkeit und noch niedrigerer Instinkte kaufen kann.

Wie kommen wir zu Charakteren?

Gewiß ist man sich in der Arbeiterbewegung darüber einig, daß es schön ist, wenn ein Mensch opferbereit ist; man ist sich aber längst nicht so einig darüber, der Schulung von Charakteren die ihr gebührende Beachtung zu widmen, ja man ist sich so wenig darin einig, daß bisher auch noch nicht der leiseste Versuch gemacht worden ist, Charaktere planmäßig zu erziehen.

Leonard Nelson hat mit der Verwirklichung dieser Forderung den Anfang gemacht. Nicht nur mit der von ihm eingerichteten Schule, in der schon Kinder so früh wie möglich einer Erziehung zur Freiheit und Selbstbeherrschung unterzogen werden, sondern auch dadurch, daß er eine politische Organisation geschaffen hat, die nicht damit zufrieden ist, daß ihre Mitglieder sich in dem frommen Wunsch einig sind, der Sozialismus möge kommen, sondern deren Mitglieder gezeigt haben und ständig zeigen, daß ihnen der Sozialismus eine Angelegenheit ist, für die Opfer zu bringen nötig und ständig möglich ist. Daher Nelsons Forderungen an eine politische Organisation, die ausschließen, daß schlechte Charaktere sich dort breitmachen.

Ein guter Charakter zeigt sich darin, daß er das für richtig Erkannte nicht nur theoretisch zugibt, sondern auch für die Organisation seines Lebens maßgebend sein läßt. Das bedeutet zum Beispiel: Wer die Rolle der Kirche eingesehen hat, verläßt sie. Wer die Schädigungen, die der Alkohol anrichtet, begriffen hat, trinkt keinen mehr. Wer das Unrecht einsieht, das man den Tieren tut, dadurch, daß man sie ermordet um der Bereicherung der Speisekarte willen, wird Vegetarier. Wer die Wichtigkeit erkannt hat, Solidarität zu üben mit seinen Klassengenossen, wird dafür sorgen, daß er selber nicht Reichtümer sammelt, während diese in Armut darben. — Wer im ISK sein will, muß also mindestens Dilettant, Abstinenz und Vegetarier sein und sein Einkommen zu Gunsten seiner Genossen so versteuern, daß es im ISK keine Klassenunterschiede gibt.

Es wird heute noch von Sozialisten weitgehend diese Planmäßigkeit bei der Bildung von Charakteren verlacht, beschimpft, als Sektierertum und noch schlimmeres denunziert. Es ist ein Gebot des Charakters, die Richtigkeit einer Maßnahme nicht danach zu bemessen, wie viele sie für richtig halten.

Was der Arbeiterbewegung von miserablen Charakteren für Schaden zugefügt worden ist, und was ihr andererseits gerade in ihren Anfängen von außergewöhnlich großen Charakteren für Kraft zufließt, dafür hier Beispiele anzuführen, ist nicht nötig. Die Namen MacDonald, Mussolini, Scheidemann, Heilmann auf der einen Seite und Marx, Engels, Bebel, Liebknecht, Luxemburg, Lenin auf der anderen Seite reichen hierzu sicher aus.

Charaktere planmäßig zu schulen und nach vorn zu schieben, ist für die Arbeiterbewegung eine Lebensfrage. Die Lebensfrage erkannt und auch in Angriff genommen zu haben, und damit also die wahre Probe des Charakters bestanden zu haben, ist eines der wesentlichsten Verdienste Nelsons für den Sozialismus.

Es ist eine Probe auf den Charakter aller Arbeiterführer und der Funktionäre der Arbeiterbewegung, sich mit dieser Arbeit Nelsons auseinanderzusetzen.

Willi Eichler

Warum ist uns Leonard Nelson zum Vorbild geworden?

Sein ganzes Leben und Wirken stand unter dem Gebot der Pflicht.

Das wird, leichthin, so manchem nachgerühmt; etwa weil er seine Arbeit tat, bisweilen selbstlos war und mit den Menschen gut stand. „Treue Pflichterfüllung“ ist allmählich die billigste Phrase wohlwollender Nachredner geworden. So wenig wird in der Gegenwart der ungeheure, unerbittliche Ernst des Pflichtgebots empfunden. Mit diesem Mangel hängt es zusammen, daß die Gegenwart so wenig Sinn hat für echte menschliche — das heißt sittliche — Größe. Diese tritt stumm hinter ihrer Aufgabe und Leistung zurück, indes die Menschen dem bedenkenlosen Schwindler und Schreier leichtfertige Gefolgschaft leisten.

Leonard Nelson hat uns durch sein Leben und durch seine Lehre wieder ins Bewußtsein gerufen, was es heißt, die Einsicht in die Pflicht zum beherrschenden Antrieb des Willens zu machen. Das bedeutet nicht, daß alle anderen Antriebe und Neigungen abgetötet werden sollten — gerade unter den nicht ausgesprochenen *sittlichen* Antrieben befinden sich solche, deren Befriedigung dem Leben Reichtum und Wert verleiht. Aber ein Leben in sittlicher Bereitschaft verlangt die unbedingte Unterordnung aller anderen Neigungen und Ideale, mögen sie an sich auch noch so wertvoll sein, unter die Anforderungen der Pflicht. Es gibt keine Entschuldigung für eine Pflichtverletzung.

Zu welchen Konsequenzen diese einfache sittliche Erkenntnis Nelson genötigt hat, zeigt die Einschränkung, die er sich selber in seiner Lebenshaltung auferlegt hat. Er war ein Zeichner von hoher künstlerischer Fähigkeit und griff doch in den letzten 15 Jahren seines Lebens nicht mehr zum Handwerkszeug dieser Kunst. Er war ein leidenschaftlicher philosophischer Denker und bezwang selbst diese Leidenschaft, sobald gerade seine philosophischen Forschungen durch ihre praktischen Ergebnisse über sich selber hinauswiesen und die Anwendung von ihm verlangten.

Einer solchen Selbstaufopferung liegt ein Verantwortungsbewußtsein und eine Selbstzucht zu Grunde, die umso erstaun-

licher sind, als Nelson eine leidenschaftlich bewegte Natur war. Es entspricht Nelsons eigener Erfahrung, wenn er schreibt, daß die Anforderung der Selbstbeherrschung nur für den zu einer Aufgabe werde, der etwas zu beherrschen habe. Für einen Menschen mit schwächlichen Trieben sei sie eine leichte Sache; je reicher ein Mensch ist an Kraft und Leidenschaft, desto mehr bedarf er der Selbstzucht und der Beherrschung. Nelson beherrschte die Kräfte seines Innern. Nicht der Zufall seiner Anlagen und Fähigkeiten bestimmte ihn, sondern die eigene Einsicht in das, was wert war, das Leben dafür einzusetzen.

Dieser Einsicht folgend, ließ er die wissenschaftliche Arbeit nahezu vollständig liegen, als sie ihm nach der Begründung des Rechtsgesetzes und dem Aufbau der wissenschaftlichen Politik theoretisch zeigte, daß ohne die Teilnahme am politischen Kampf die weitere Beschäftigung mit bloßer Wissenschaft nicht zu verantworten war. Die Mängel der politischen Arbeit, die er vorfand, soweit sie sich seinem politischen Ideal, dem Rechtszustand, widmete, bestimmten ihn, gerade der Behebung dieser Mängel seine Tatkraft zuzuwenden. Diese Mängel entsprangen im wesentlichen der Unterschätzung des Charakters für die Politik; einer Unterschätzung, die einen wesentlichen Grund hat in der rein ökonomischen Begründung des Klassenkampfes; wie sie der historische Materialismus liefert und die Nelson selber durch die ethische Begründung dieses Kampfes ersetzt hatte. Mit dieser Leistung, die den Sozialismus gegen die billigen Einwände schützt, die die „Advokaten des Faustrechts“ gegen den „Marxismus“ und damit gegen den Sozialismus erheben, hatte Nelson den Sozialismus recht eigentlich zur wissenschaftlichen Theorie erhoben. Die praktische Konsequenz aus dieser wissenschaftlichen Leistung war die Sorge für die Heranbildung geeigneter Charaktere für die Politik, die ihn schließlich dazu bewog, eine eigene Schule und eine selbständige politische Organisation aufzubauen.

Die Arbeiterklasse hat keinen Führer in Deutschland, der ihn an wissenschaftlicher Klarheit, willensmäßiger Tapferkeit und menschlicher Größe übertraf. Arthur Kronfeld.

Die Wissenschaft des Sozialismus — eine Charakterfrage.

... angesichts der Zertrümmerung einer ganzen Gesellschaftsordnung "mit einer Ehrenrettung der menschlichen Vernunft hervortreten" — mit diesen seinen eigenen Worten läßt sich das gesamte Lebenswerk Leonard Nelsons kennzeichnen. Er hat jene Worte geschrieben, als er während des Krieges nach der Vollendung der wesentlichen Stücke seines philosophischen Systems dazu übergang, den Schritt zur Praxis zu tun, als er nach Überwindung „kaum zu beschreibender Schwierigkeiten“ bei der Begründung des Rechtsgesetzes an die schwerere Aufgabe ging, „den Menschen zu finden, der bereit ist, mit ihm Ernst zu machen“.

Dieses Werk der Ehrenrettung der Vernunft erforderte die Kraft, gegen den Strom zu schwimmen.

Gegen den Strom der Nationalisten und Imperialisten, denen das Wort „Recht“ zu nichts anderem dient als zur Bemäntelung bloßen Machtstrebens.

Gegen den Strom des Kirchenglaubens, der das Gefühl von Pflicht — seinem vernünftigen Ursprung zum Hohn — umbiegt, um die Menschen unter eine äußere Autorität zu beugen.

Gegen den Strom des Skeptizismus und des Relativismus aller Schattierungen, gegen die überlegen tuende Philosophie derer, die unter Berufung auf die Maßstäbe exakter Wissenschaft den unverbildeten Glauben an eine sittliche Wahrheit als „Ideologie des achtzehnten Jahrhunderts“ abtun.

Gegen den Strom der Wissenschaftlichkeit vom historischen Materialismus, in der die Regungen der menschlichen Vernunft zu Reflexen der ökonomischen Verhältnisse herabgewürdigt werden.

Gegen den Strom der Demokraten, für die es gegen die Zufälle von Mehrheitsentscheidungen eine Berufung auf Vernunftgründe nicht gibt.

Als Nelson gegen alle diese Strömungen seiner und unserer Zeit sein Werk in Angriff nahm, stand er damit allein.

Zu diesen äußeren Widerständen kamen tief liegende innere Schwierigkeiten, die in der Natur jenes Unternehmens begründet sind. Es läuft darauf hinaus, das menschliche Leben, das persönliche und das gesellschaftliche, nach den Anforderungen der Vernunftkenntnis zu gestalten. Welches sind diese Anforderungen? Die Erfahrung: das Studium der gesellschaftlichen Entwicklung läßt uns hier gänzlich im Stich. Denn durch keine noch so genaue Untersuchung dessen, was ist, läßt sich etwas darüber ausmachen, was sein soll. Wir urteilen zwar: Dies oder jenes soll sein oder soll nicht sein; die kapitalistische Ausbeutung z. B. soll nicht sein. Aber wenn wir aufgefordert werden, über die Gründe eines solchen Urteils Rechenschaft abzulegen, so befinden wir uns zunächst in Verlegenheit. Das Rechtsgefühl, das uns bei solchen Urteilen leitet, ist nicht von Haus aus so klar, daß wir es in Begriffen wiedergeben könnten. Die Vernunftkenntnis, die sich in ihm und in den rechtlichen Beurteilungen einzelner Fälle anmeldet, ist ursprünglich dunkel. Es besteht außergewöhnliche Schwierigkeiten, jene Vernunftserkenntnisse durch ein besonderes wissenschaftliches Verfahren zu klären.

damit die allgemeine Wahrheit freizulegen, die dem einzelnen Urteil (dies oder jenes soll nicht sein) zu Grunde liegt. Von diesen besonderen Schwierigkeiten sind die Wissenschaften, die sich im Bereich der Erfahrung bewegen, völlig frei.

Jene Schwierigkeiten, die der Erforschung der vernünftigen Maßstäbe unseres Handelns entgegenstehen, sind um so größer, als sich hier leicht unsachliche Interessen einmischen und die Forschung trüben. Denn es handelt sich hier um Erkenntnisse, die praktische Konsequenzen nach sich ziehen — Konsequenzen, die man nicht immer gern anerkennt. Es besteht also die Versuchung, die Wahrheit zu verfälschen, um solchen Konsequenzen auszuweichen.

Mehr als das Schwimmen gegen den Strom der Zeitgenossen sind es diese inneren Schwierigkeiten, aus deren Erfahrung Nelson über die Anforderungen, die solche Forschung stellt, folgendes Urteil fällt:

... die Spannkraft, sich die Aufgabe immer von neuem zu stellen, bis zum Ziel bei ihr zu beharren und nicht vor dem zersetzenden Zweifel zu kapitulieren, — diese Spannkraft ist nur die Kraft eines stählernen Willens...“

So ist die Wissenschaft vom Sozialismus eine Charakterprobe, an der diejenigen versagen, die — mit Platons Worten —

„mit der Philosophie nicht wahrhaft verwachsen sind, sondern sich in dem nur äußerlichen Farbenshimmer bloßer Meinungen gefallen, gleichend den Leuten, deren Körper von der Sonne gebräunt ist: wenn sie den Umfang des Wissensgebietes und das hohe Maß der erforderlichen Anstrengung gewahr werden und sehen, daß die streng sittliche Lebensweise die einzig für diese Aufgabe passende ist, so erscheint

ihnen die Sache schwierig und über ihre Kräfte hinausliegend.“

Den langwierigen Kampf mit allen diesen Schwierigkeiten hat Nelson auf sich genommen und in einer Zeit zu Ende geführt, die nach Praxis drängte: in den ersten Jahren des Krieges. Er brachte diese Resignation auf, weil der Stand des wissenschaftlichen Sozialismus, so wie er ihn vorfand, entscheidende und, wie 1914 zeigte, für die Praxis katastrophale Mängel aufwies. Für eine Praxis auf solcher Grundlage wollte Nelson die Verantwortung nicht übernehmen.

Sobald er die wissenschaftliche Klärung hinreichend weit getrieben hatte, tat er den Schritt in die Praxis: 1917 erfolgte die Gründung des Internationalen Jugend-Bundes, aus dem später der ISK (der Internationale Sozialistische Kampfbund) hervorgegangen ist.

Für den Aufbau dieser Partei ergeben sich bereits aus der einen Voraussetzung, daß in der Vernunft die für jeden Menschen bei hinreichender Anstrengung erkennbaren Maßstäbe zur Entscheidung grundsätzlicher politischer Fragen liegen, weittragende Konsequenzen. Willkürliche Entscheidungen, sei es von oben, sei es von unten, haben in ihr keinen Platz. Abstimmungen sind aus ihr verbannt: Ohne vorausgehende wissenschaftliche Untersuchung würden sie Willkür bedeuten; nach einer solchen Klärung aber sind sie überflüssig. Wer entscheidet also? Der soll entscheiden, der über die zu einer wissenschaftlichen Entscheidung hinreichende Schulung und über die dazu erforderliche Unbestechlichkeit verfügt. Solche Funktionäre auszuwählen, ist eine Sache der wissenschaftlichen Ausbildung und der methodischen Festigung des Charakters. Gustav Heckmann.

Leonard Nelson und Konfuzius.

Ein chinesischer Schüler Nelsons sagte mir einmal, dieser veranstaltete zur Zeit Abende mit Chinesen, in denen über das Buch von Ku Hung Ming „Vox clamantis“ gesprochen wurde.

Ich besuchte später diese Kurse. Zu Beginn wurden Sprüche von Konfuzius vorgelesen. Ja, Nelson liebte die Worte des Konfuzius. Er führte sie aber nicht nur im Munde, bei ihm wurden diese Worte in die Tat umgewandelt.

In einem Gespräch zwischen Nelson und einem seiner chinesischen Schüler sagte dieser: „Es ist richtig, daß Ihre Methode, das Philosophieren zu lehren, viel besser ist als die Paukmethode, die Nachteile und Fehler des Paukens kommen bei Ihnen nicht vor. Aber Ihr Denken ist zu genau, Ihre Worte sind zu scharf, sodaß ich aus Angst und Vorsicht nicht zu sprechen wage.“ Nelson lächelte und antwortete mit einem Ausspruch von Konfuzius: „Die Begriffe müssen richtig gestellt werden. Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so stimmen die Taten nicht.“

nicht, so kommen die Werke nicht zustande; kommen die Werke nicht zustande, so gedeiht Moral und Kunst nicht...“

In einer Berliner Versammlung, in der über Demokratie gesprochen wurde, hatte Nelson auf das Beispiel des alten chinesischen Staates hingewiesen, in dem die Staatsmänner nicht demokratisch gewählt, sondern durch sorgfältige Erziehung auf ihr Amt vorbereitet und durch Prüfungen ausgewählt wurden. Auf den Einwand: „In China mag das möglich gewesen sein; bei uns fehlen die Weisen, die Konfuzius den Chinesen erzogen hat“, antwortete Nelson: „Holen wir ein paar aus China hierher! Wenn wir sie holen, so werden sie bereit sein zu kommen, und sie werden ihrer Aufgabe gewachsen sein... Aber Sie werden meinem Rat nicht folgen; Ihr europäischer Hochmut hindert Sie daran.“

Was war es, das Nelson an der Lehre des Konfuzius und seiner Schüler so schätzte? Ich nenne einige der Aussprüche, die er liebte:

„Ein Lernender kann nicht sein ohne großes Herz und starken Willen; denn seine Lust ist schmerzhaft, was ist weit, die Sittlichkeit, die ist eine Last; ist sie nicht schwer, im Tode erst ist er am Ziel: ist das nicht weit?“

„Ein Edler, der von der Sittlichkeit läßt, entspricht nicht dem Begriff des Edlen. Der Edle übertritt nicht während der Dauer einer Mahlzeit die Gesetze der Sittlichkeit. In Drang und Hitze bleibt er unentwegt dabei, in Sturm und Gefahr bleibt er unentwegt dabei.“

Hier begegnete Nelson dem Grundgedanken, der ihn selber im Aufbau seiner Ethik leitete, daß ohne Sittlichkeit das Leben der Menschen keinen Wert hat. Aber was ist der Inhalt der Sittlichkeit? Welchen Maßstab soll man anwenden, um zu beurteilen, ob eine Handlung sittlich ist?

Die chinesische Sprache bietet einen Hinweis darauf. Das chinesische Wort „Sen“, das häufig mit Sittlichkeit übersetzt wird, ist zusammengesetzt aus zwei Worten, die „zwei“ und „Mensch“ bedeuten. „Sittlichkeit“ hat also etwas zu tun mit den Beziehungen der Menschen untereinander.

„Was den Sittlichen anlangt, so festigt er andere, da er selber wünscht, gefestigt zu sein, und klärt andere auf, da er selber wünscht, aufgeklärt zu sein.“ Das Nahe als Beispiel nehmen können (nach sich selber die anderen zu beurteilen verstehen), das kann als Mittel zur Sittlichkeit bezeichnet werden.“

Es sprach jemand: „Durch Güte Unrecht zu vergelten, wie ist das?“ Der Meister sprach: „Womit soll man dann Güte vergelten? Durch Geradheit vergelte man Unrecht, durch Güte vergelte man Güte.“

Es sind vor allem drei Punkte in diesem Gedanken, die von Nelson aufgegriffen und weitergeführt worden sind:

Um die eigenen Pflichten zu bestimmen, ist es nötig, sich vertraut zu machen mit den Interessen aller derer, mit denen man in Berührung kommt. Und zwar nicht nur mit ihren sinnlichen Interessen, sondern — und das ist das Zweite, was Nelson mit Konfuzius verbindet — vor allem mit solchen Interessen, wie dem an der inneren Festigung und dem an der eigenen Aufklärung, die der Vernunft des Menschen entspringen. Endlich: Konfuzius verlangt nicht ein einfaches Nachgeben gegenüber den Interessen der anderen; er kennt nicht nur die Güte, sondern auch die Geradheit.

Worin diese Geradheit besteht, wird allerdings bei Konfuzius nicht restlos klar. Den Maßstab, nach dem die Interessen im Konfliktfall gegen einander abgewogen werden sollen, nennt er nicht. Hierin geht Nelson aber ihn hinaus. Er hat diesen Maßstab aufgestellt und begründet. Es ist der der Gerechtigkeit.

Ein weiterer enger Berührungspunkt zwischen Konfuzius und Nelson ist ihr Verhältnis zur Politik.

„Wer nur darauf bedacht ist, sein eigenes Leben rein zu halten, der bringt die großen menschlichen Beziehungen in Unordnung. Damit, daß der Edle ein Amt übernimmt, tut er seine Pflicht.“

Auch Nelson hat ein politisches Amt übernommen. Er hat seine wissenschaftliche Arbeit zurückgestellt, um eine politische Arbeit aufzubauen. Denn er hatte es als Pflicht jedes Gebildeten erkannt, gegen das Unrecht, das in der Gesellschaft herrscht, zu kämpfen.

Chi-yin-Chen.

Aus Gesprächen mit Leonard Nelson.

Wir geben im folgenden einige Aussprüche wieder, die Nelson im Verlauf von Gesprächen gemacht hat. Sie zeigen etwas davon, welchen Kräften er selber die Aufgaben anvertraute, deren Notwendigkeit er erkannt hatte, vor allem die dringendste von ihnen: die der rechtlichen Gestaltung des öffentlichen Lebens.

Politik und Charakter.

„Wenn eine Arbeit nicht klappt, so ist das zurückzuführen entweder auf Mangel an Ehrlichkeit oder auf Mangel an Mut oder auf Mangel an Fleiß.“

Nelson hatte, wie schon oft, darauf hingewiesen, daß es mehr auf den Charakter der Mitarbeiter ankomme als auf ihre Intelligenz. „Mit Dummheit allein kann man es allerdings auch nicht machen!“

Zu einem Zögernden: „Sie überschätzen die Länge des Lebens noch!“

Ein Korpsstudent, der Nelsons Rede „Erziehung zum Führer“ gelesen hatte, suchte Nelson auf, um ihn zu fragen, wie er sich am besten zum Führer ausbilden könne. Nelson lenkte das Gespräch auf die Trinkgelage der Korpsstudenten: „Da fangen Sie an! Trinken Sie keinen Alkohol mehr!“

Nelson sprach mit einem Schüler, H., über die Notwendigkeit, an der politischen Arbeit einer Partei teilzunehmen. H. wehrte sich gegen diese Forderung; er wies darauf hin, daß die vorhandenen Arbeiterparteien zu weit von dem Ideal einer solchen Partei abwichen.

Nelson: „Wir können nicht eine ideale, sondern nur eine der gegebenen Parteien wählen. Die Speisekarte wird Ihnen vorgelegt.“

H.: „Ja, wenn der Kellner mir aber ein faules Ei bringt, dann sage ich ihm: Nehmen Sie es wieder mit.“

Nelson: „Sehr gut, der Vergleich mit dem faulen Ei! Wenn Sie aber vor dem Verhungern stehen, werden Sie auch das faule Ei essen.“

Kirche und Schule.

In einem Gespräch über den Reichsschulgesetzentwurf von 1925: „Wenn dieser Entwurf Gesetz wird, dann habe ich nichts mehr in Deutschland zu suchen.“

„Der Aufenthalt in einem gesunden Landheim ist für die Schüler kein Ersatz für die ihnen ausgetriebene Ehrlichkeit.“

Ein bulgarischer Schüler Nelsons klagte darüber, daß die Menschen auf dem Balkan sehr undiszipliniert seien in ihrer Arbeit. Er erwähnte die manchmal unverantwortliche Hartnäckigkeit dieser Menschen, wodurch sie am meisten eine vernünftige politische Arbeit etörten. Nelson wies ihn zurück:

„Diese Menschen sind noch nicht verbildet; sie lassen sich noch erziehen. Mit ihnen kann man noch arbeiten, weil sie noch denken lernen können.“

Ein akademisch vorgebildeter Teilnehmer eines Kurses hatte ein viel schlechteres Protokoll angefertigt als ein Teilnehmer, der nur Volksschulbildung besaß. Nelson darauf:

„Wie könnte das anders sein? Dieser zweite hat doch einen ungeheuren Vorteil. Er ist nicht durch Bildung verdorben worden.“

Nelson, im Gespräch über einen bekannten Theologen: „Es scheint ja ein ganz feiner Mensch zu sein. Schade nur, daß er die verrückten Bücher schreibt. Die kann ja kein Mensch vorstehen.“

Ein Schüler des Angegriffenen: „Er weiß wohl, daß seine Worte die Sache, um die es ihm geht, nicht treffen. Aber darum kann er doch nicht über sie schweigen!“

Nelson (trocken): „Da soll er sich etwas beherrschen.“

Nelson hatte während eines Kirchenkonzertes sich lange vergeblich bemüht, seine Beine zwischen den engen Kirchenbänken bequem unterzubringen.

„Diese Bänke sind nicht für so lange Beine eingerichtet. — Schon ein Grund, um aus der Kirche auszutreten!“

Historischer Materialismus.

„Die Russen bilden sich ein, Materialisten zu sein; sie sind Idealisten sich selber zum Trotz.“

In einem Gespräch Nelsons mit dem Freidenker-Propagandisten Amon hatte Nelson darauf hingewiesen, daß man mit Aufklärungsarbeit allein die Macht der Kirche nicht brechen könne; es müsse politische Arbeit hinzukommen.

Amon: „Es muß eben jeder tun, was ihm liegt. Der Amon muß Aufklärungsarbeit machen. Der Nelson muß Politik treiben.“

Nelson zeigte auf seine an der Wand hängenden Zeichnungen: „Das ist das, was ich meiner Natur nach tun muß.“

Das Recht der Tiere.

Nelson saß mit einer Pazifistin zusammen in einem Café. Sie bestellt sich Bouillabou.

Nelson: „Ich dachte, Sie seien Pazifistin?“ Die Bestellung wurde sofort zurückgenommen.

Dem Protokollführer einer von Nelson geleiteten Aussprache lief während der Arbeit eine kleine Spinne über das Papier. Er wollte sie entfernen.

Nelson, seine Ausführungen unterbrechend: „Töten Sie doch das Tier nicht.“

Nazis marschieren in Berlin.

Untern Linden, Untern Linden — ist Bannmeile.

Rpt. Nur durch Verwirrung der Köpfe mit allen Mitteln der Propaganda können die NS es verhindern, daß ihre Wähler ihnen am 31. Juli die Taten der P a p e n - Regierung anrechnen. Laut Vereinbarung mit den NS ist der Reichstag aufgelöst worden, ist die SA wieder erlaubt worden. Beides ist der Preis dafür, daß die Regierung P a p e n von den NS toleriert wird. — Wie kann man diesen klaren Tatbestand verdunkeln? Das war das große Problem für den Reklametechniker der Partei, Herrn Josef Goebbels. Er löste es so:

Die SA hatte verlangt, im Anschluß an ihre Lustgarten-Demonstration vom Sonnabend durchs Brandenburger Tor zu marschieren. In der Siegesallee sollte der „Führer“ die Parade abnehmen. (Er hätte dabei übrigens zwischen den Marmorgestalten in der Siegesallee einen angemessenen Platz bezogen!) Gayl hat diese Demonstration nicht zugelassen; denn sie wäre durch die Bannmeile gegangen, und innerhalb der Bannmeile um den Reichstag sind Demonstrationen bekanntlich allgemein verboten — auch Goebbels weiß das natürlich! —

So haben die NS sich den Anlaß geschaffen, gegen Gayl zu toben, und der gewandte Reklamechef Goebbels hat die Front gegen Gayl bezogen — für den Wahlkampf! Ihm ist dabei allerdings ein kleiner Fehler unterlaufen: Bis Sonnabend nachmittag hat er die „neue Linie“ seinem Mitredner noch nicht genügend eingehämmert. So fiel Graf Helldorf, der Berliner SA-Führer, aus der Rolle mit der richtigen Behauptung:

Wenn die SA nicht wäre, dann wäre Gayl nicht an seinem Platze.

Die Demonstration im Lustgarten am Sonnabend abend enthüllte deutlich die Schwäche der NS in Berlin. Nach nationalsozialistischen Angaben waren 25 000 SA-Leute auf dem Platze, übrigens längst nicht alle in den braunen Notverordnungsjacken. Sie waren aus weiter Umgebung zusammengezogen worden. Hugenbergs Telegraphen-Union verbreitet die Nachricht: Von „polizeilicher Seite“ wird die Beteiligung an dem Aufmarsch als stärker als beim Aufmarsch der Eisernen Front bezeichnet. Das ist purer Unsinn! Die Beteiligung war sogar geringer als bei der KP-Demonstration am Sonntag vor acht Tagen. Im eigentlichen Lustgarten konnte man fast an allen Stellen bequem spazieren gehen. Ebenso auf der Schloßfreiheit; dort standen überhaupt nur Neugierige, keine Demonstranten. Der Platz zwischen Schloß und Lustgarten war einigermaßen voll, aber auch nur dadurch, daß die SA-Kolonnen in lockeren Reihen aufgestellt waren. Vor dem Museum war es dagegen zum Beispiel völlig leer; einsam stand dort eine Kolonne SA, weit auseinandergezogen.

Als erster Redner erklärte Graf Helldorf unter anderem: Wir Nationalsozialisten haben von vornherein erklärt, daß wir die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen würden. Jetzt halten wir den Tag für gekommen, um zu sagen, was wir für richtig halten. Reichskanzler von P a p e n hat in unbegreiflicher Schwäche in Lausanne Vorschläge gutgeheißen, die wir Nationalsozialisten niemals gutheißen würden. Das außenpolitische Versagen dieses Kabinetts wird in den Schatten gestellt durch die innerpolitischen Regierungskunststücke des Ministers von Gayl. Man hat nichts dagegen unternommen, daß die SA-Männer auf das gemeinste verleumdet werden. Man hat behauptet, ihre Uniformen würden von den Geldern bezahlt, die man den Kriegerhinterbliebenen und Rentnern gekürzt habe. Wir machen diesen Minister verantwortlich für jeden verwundeten und getöteten SA-Kameraden. Nur seiner Schwäche ist es zu danken, daß wir in kurzer Zeit in Berlin zwei Tote und 50 Schwerverletzte zu verzeichnen haben.

Die SA wollte jetzt nach jahrelangem und verzweifeln Ringen endlich einmal über die Linden ziehen, am Denkmal Friedrichs des Großen, des ersten Nationalsozialisten (!), ihre Standarten und Fahnen senken und im Vorbeimarsch dem obersten Führer ihren Gruß entbieten. Diesen geplanten Vorbeimarsch hat der Minister von Gayl verboten. Wir haben nach jahrzehntelangen Kämpfen keine Veranlassung, das braune Ehrenkleid des neuen Deutschland in Nebenstraßen zu verstecken. Wir wollen alles oder nichts. Deshalb ist der SA-Appell abgesetzt worden. Wir werden aber durch das Brandenburger Tor marschieren (die Menge johlte Beifall, ehe sie den folgenden Wenn-Satz hörte!), — wenn Deutschland von Nationalsozialisten regiert wird.

Die Kriegsschulden-Klausel.

P a p e n hatte in seiner Rundfunkrede gerühmt, daß es ihm gelungen sei, die Verbindung von der Reparationsregelung mit der Frage der interalliierten Kriegsschulden zurückzuweisen; das Lausanner Abkommen enthalte keine derartige Bedingung. Das schien das einzige Zugeständnis zu sein, das man ihm wirklich gemacht hatte.

Auch dieses Zugeständnis liegt, streng genommen, nicht vor. Artikel 1 der bisher noch nicht bekanntgegebenen „Übergangsmaßnahmen betreffend Deutschland“ lautet:

„Die Wirksamkeit der Fünf-Mächte-Erklärung vom 16. Juni, die die Suspendierung der politischen Zahlungen bis zum Ende der Konferenz vorsah, wird bezüglich der von Deutschland auf Grund des Haager Abkommens, des Londoner Protokolls und des Berliner Protokolls (Hoover-Annuität) zu leistenden Zahlungen verlängert.“

Diese Verlängerung endet, wenn das in Lausanne mit Deutschland geschlossene Abkommen in Kraft tritt oder wenn irgend eine Regierung der folgenden Länder: Deutschland, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan den beteiligten Mächten anzeigt, daß sie beschlossen hat, nicht zu ratifizieren.“

Von Amerika ist in dieser Klausel allerdings nicht die Rede; aber die Schuldner Amerikas behalten hiernach die Möglichkeit, im Fall einer Absage Amerikas das Lausanner Abkommen nicht zu ratifizieren — und gerade das war die Bedingung, die Frankreich in die Lausanner Regelung aufnehmen wollte.

In der Nachtsitzung vom Freitag, also nach der entscheidenden Einigung über das Abkommen und vor seiner offiziellen Unterzeichnung, hat P a p e n in einer Konferenzsitzung die Frage gestellt, was geschehen werde, wenn es nicht zur Ratifikation des Lausanner Paktes komme. Er hat darauf von MacDonalld nur die mündliche und wenig befriedigende Zusicherung erhalten, daß dann eine neue Konferenz einberufen werden solle.

Wir verlangen, daß dieses Ministerium der nationalen Ohnmacht einem Kabinett von deutschen Kämpfern Platz macht, und daß Minister von Gayl von seinem Posten verschwindet. Goebbels warf der Regierung P a p e n vor, sie sei eine kleine Clique, die sich nicht auf das Volk stützen könne. (Als wenn nicht Goebbels das nationalsozialistische „Volk“ in die heimliche Koalitionsehe eingebracht hätte!)

Er wirft P a p e n vor: Er hat es nicht gewagt, in Lausanne zu erklären, daß wir nicht mehr bezahlen, weil wir nicht mehr bezahlen können und es auch nicht wollen. Wir haben genug bezahlt, und wir wollen, daß Deutschland vor allem von dem Makel der Kriegsschuld freigesprochen wird. Wenn die Welt dieser Forderung Widerstand leistet, so werden wir den Versailler Vertrag für null und nichtig erklären. (In Berlin, im Lustgarten, läßt sich das natürlich leicht sagen. Sein stiller Bundesgenosse hatte in Lausanne die schwerere und undankbarere Rolle zu spielen!)

Goebbels richtete sich natürlich nicht nur gegen P a p e n, sondern auch gegen die „Marxisten“. Die drei Pfeile der Eisernen Front bekamen dabei in theatralischer Rede die Namen Max, Leo und Willi Sklarek.

Was es mit dem von Goebbels zitierten Wort: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los!“ auf sich hat, ließ sich beim Rückmarsch der braunen Mordkolonnen beobachten.

Ich begleitete die Kolonne, die durch Breite, Dresdener und Oranienstraße zum Lausitzer Platz zog. Die „Eiserne Front“ hatte die Parole ausgegeben: „Haltet euch von der Straße fern,

schließt die Fenster.“ Tatsächlich waren viele Menschen auf der Straße; die NS-Freunde waren dabei, je mehr der Zug nach Südosten kam, in immer größerer Minderheit. Auch in den Fenstern viele Arbeiter.

Ohne riesiges Schupoaufgebot wäre der Zug kaum zum Ziele gekommen. Autos mit Schupos vorn, an der Seite und hinten. Zur Seite noch Schupos zu Fuß und zu Pferde, so marschieren die braunen Söldlinge in wenig imponierenden Dreierreihen als schmale Schlange auf dem von der Polizei möglichst frei gehaltenen Fahrdamm. Im Südosten marschieren sie durch eine Mauer der Verachtung. Sie wurden begrüßt mit: „Hitler verrecke!“ „Nieder mit der braunen Pest!“ Doch setzte sich auch in den Arbeiterstraßen der Gesang der Mordlieder leider völlig durch. (Ähnliches berichten Augenzeugen aus anderen Stadtteilen.) Als einzelne Kolonnen den Lausitzer Platz verließen, der ganz gesperrt war, obwohl die SA bei ihrer Schlußaufstellung bequem in einer Ecke Platz fand, wurde ihr Gesang endlich wirklich niedergeschrien, durch organisierte Sprechchöre: „Hitler verrecke!“

Was hätte eine einige Arbeiterschaft legal tun können?

Während die Redner am Lustgarten sprachen, hörten wir fünf Mal eine Sirene heulen. Wir hoffen, das war kein Zufall. Der „Zufall“ hätte aber weit besser organisiert werden müssen.

Kommunisten hatten an manchen Stellen Sprechchöre organisiert. In dieser Richtung hätte viel mehr geschehen müssen.

In den Arbeiterstraßen hätte kein Wort der blutrünstigen Lieder zu hören sein dürfen.

Alle Mittel zur Lärmerzeugung, die den Abgeordneten aus ihrer parlamentarischen Erfahrung geläufig sind, hätten hier eingesetzt werden müssen. Dann hätten die braunen Gesellen noch weit deutlicher gefühlt: Die Arbeiter Berlins wollen sie nicht hören.

Einheitskongreß der „Antifaschistischen Aktion.“

F. G. Die Propagandawoche der „Antifaschistischen Aktion“ ist am Sonntag durch den „Einheitskongreß gegen den Faschismus für Berlin—Brandenburg—Lausitz—Grenzmark“ in der Philharmonie eingeleitet worden.

Das Referat Thälmanns brachte nichts Neues über die Einheitsfrontpolitik der KPD. „Wer sagt: laßt das Vergangene zwischen den Arbeiterparteien begraben sein, der schlägt heute der Arbeiterklasse die Waffe aus der Hand.“ Gerade das Gegenteil dieses Ausspruches ist richtig. Denn Thälmann sagt selber: Antifaschistische Aktion bedeutet: am 31. Juli für eine Millionen-Stimmabgabe gegen das herrschende System zu sorgen. „Daß der so viel geforderte außerparlamentarische Kampf, die Schaffung von Selbstschutzorganisationen in Gemeinschaft und unter Verständigung mit der SPD- und ADGB-Führung darüber hinaus auch noch verwirklicht werden kann und auch verwirklicht werden muß, daß ist für jeden nicht verrannten Menschen selbstverständlich. Trotzdem beherrscht die sture Ablehnung der Forderung, den gegenseitigen Bruderkampf jetzt wenigstens einzustellen, diesen „Einheitskongreß“, obwohl eine ganze Reihe SPD-Mitglieder sprachen. Fast mechanisch wurde immer wieder die Formel wiederholt: Die Einheitsfront muß im Kampfe entstehen. Um die entscheidende Frage: ob denn der Kampf überhaupt in hinreichend umfassendem Maße rechtzeitig zustande kommt, darum sorgte sich niemand auf diesem Kongreß. Auch der SAP-Vertreter nicht, der dort zu Worte kam. Ein nach ihm folgender kommunistischer Redner gab

bekannt, daß die SAP eine Entschließung eingebracht hätte, in der sie eine Verständigung mit dem Parteivorstand der SPD fordere. Der SAP-Redner Seigewasser hat davon kein Wort erwähnt.

Es sprachen mehr als zehn Sozialdemokraten auf diesem Kongreß, von denen man nicht den Eindruck hatte, daß sie nur Strohmannen waren. Besonders die persönliche Unterhaltung mit ihnen vermittelte den Eindruck, daß man es mit ganz echten sozialdemokratischen Genossen zu tun hatte. Der von den Kommunisten aufgeführte „Tonfilm“, von dem der „Vorwärts“ am Sonnabendabend geschrieben hatte in bezug auf die 21 sozialdemokratischen Genossen, die bei Thälmann waren, ist tatsächlich kein „Tonfilm“, davon sind wir überzeugt worden. Die SPD und auch die Gewerkschaften werden also gut tun, diese Erfolge der kommunistischen Einheitsfrontpolitik zur Kenntnis zu nehmen. Die SPD-Delegierten erzählten aus ihren Erfahrungen mit der Einheitsfrontpolitik, und diese waren für die SPD nicht schmeichelhaft; wir können uns allerdings auch einen Einheitsfrontkongreß der „Eisernen Front“ denken, auf dem Kommunisten aus ihren Erfahrungen für die KPD ebenso wenig schmeichelhafte Mitteilungen machen könnten.

Es liegt nach wie vor bei den Genossen aller Richtungen (KP, SP und ADGB), endlich eine fruchtbarere Einheitsfrontpolitik einzuleiten, als sie z. B. hier von der KP versucht wird.

Urteil im Sprengstoffprozeß:

**54 Jahre 6 Monate Zuchthaus;
13 Jahre, 3 Monate Festung.**

Am Sonnabend wurde im Sprengstoffprozeß, der gegen „Kommunisten“ vor dem Reichsgericht geführt wurde, das Urteil verkündet. Es wurden folgende Freiheitsstrafen verhängt (in Klammern die Strafanträge des Oberreichsanwalts):

für Bethmann sieben (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Michaelis sechs (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Rakow sechs (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Börner sechs (acht) Jahre Zuchthaus;
für Ueberbrück acht (zwölf) Jahre Zuchthaus;
für Finko vier (zehn) Jahre Zuchthaus;
für Hoffmann vier (fünf) Jahre Zuchthaus;
für Rabenmüller vier (sechs) Jahre Zuchthaus;
für Blumentrit zwei Jahre sechs Monate (fünf Jahre) Zuchthaus;

für Arnold zwei (vier) Jahre Zuchthaus;
für Ernst Winkler zwei (drei) Jahre Zuchthaus;
für Korn ein Jahr sechs Monate (vier Jahre) Zuchthaus;
für Korn ein Jahr sechs Monate (drei Jahre) Zuchthaus;
für König drei Jahre Festung (8 Jahre Zuchthaus);
für Meister ein Jahr neun Monate (zwei Jahre) Festung;

für Brandt ein Jahr sechs Monate (zwei Jahre) Festung;
für Schade ein Jahr sechs Monate (zwei Jahre) Festung;
für Postel ein Jahr sechs Monate (zwei Jahre) Festung;
für Döpping ein Jahr drei Monate (ein Jahr neun Monate) Festung;

für Alwin Winkler ein Jahr drei Monate Festung (zwei Jahre Zuchthaus);
für Schuhmann ein Jahr (drei Jahre sechs Monate) Festung;

für Timm sechs Monate (drei Jahre) Festung;
Gloth (acht Jahre Zuchthaus) und Hollmann (drei Jahre Zuchthaus) wurden freigesprochen.

Gesamtbericht über den Prozeß folgt.

Der neue Arbeitszweig des Vierten Strafsenats.

Der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts hat am Sonnabend wieder über zwei Zeitungsverbote, die von Herrn von Gayl beantragt worden waren, entschieden:

Der „Donaubote“ (Zentrum, Donaueschingen) soll zwar nicht, wie beantragt, auf fünf, aber auf drei Tage verboten werden.

Die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“ wird auf fünf Tage verboten.

Unter Aufwendung eines Schwalls von Phrasen rufen die Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands e. V. zur Wahl auf: „Marxistischer Ungeist“; „zerstörende Klassenkampffagitatio“; „selbstsüchtige Machtpolitik des Zentrums“; „der nationale Aufbau . . . mit dem sozialen Aufbau verbunden“; „echte nationale und soziale Wiedergeburt“. Kurz und rund: evangelische Arbeiter, wählt Nazil

Fünf Tage Verkehr — zehn Tote.

Nordhausen, 6. Juli. Ein Auto gerät in überschneller Fahrt wenige Kilometer von Nordhausen ins Schleudern, reißt zwei Bäume um und überschlägt sich. Ein Toter, fünf Verletzte.

Berlin, 7. Juli. Zusammenstoß eines Autobus' mit einer Autodroschke in der Afrikanischen Straße. Ein Schwerverletzter.

München, 7. Juli. Ein Auto fährt auf einer Bahnüberführung gegen einen Beleuchtungsmast, durchbricht das Brückengeländer und stürzt auf das Bahngelände. Der Fahrer ist tot.

Berlin, 8. Juli. Zusammenstoß zweier Autos im Westen. Zusammenstoß eines Autos mit einem Pferdefuhrwerk; der Besitzer des Fuhrwerks vom Kutschersitz geschleudert und tödlich verletzt.

Berlin, 9. Juli. In Lichterfelde Radfahrer von einem Autobus überfahren, dann gestorben. Im Südosten raste ein Ueberfallwagen der Polizei in einen Straßenbahnwagen; sechzehn Verletzte.

Basel, 11. Juli. Am Sonntag glitt ein mit 6 Personen besetztes Auto in Kanton Wallis von der anscheinend schlüpfrigen Straße ab und stürzte in die tiefe Schlucht. Fünf Personen waren auf der Stelle tot, die sechste erlag kurz darauf ihren Verletzungen.

Die öffentlichen Versammlungen

Berlin: Bezirk Neukölln: Mittwoch, den 13. Juli, 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Hörde: Samariter-Heim, Bollwerkstr. 40. Thema: Schaffung eines linken Wahlblockes von SPD bis KPD. Redner: Gen. Nora Block (Bochum).

Köln-Dellbrück: Mittwoch, 13. Juli, 20.15 Uhr, im Lokal Rinke, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: „Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabether 28/29.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Japan.

Um sich ein Bild machen zu können von der Kaufkraft der breiten Masse in Japan, sind Anhaltspunkte für die Einkommensverhältnisse dieser Verbraucher notwendig. Wir schreiben: Anhaltspunkte; denn es ist beinahe unmöglich, genügende und genaue Ziffern über die Löhne der japanischen Arbeiter zu erhalten. Ueber die Einkommensverhältnisse der japanischen Kleinbauern sind die Angaben in Nr. 148 des „Funkens“ zu finden.

Folgende Tabelle zeigt in Golddollar die Arbeitslöhne in Japan in typischen Unternehmungen verschiedener Industrien. Die Angaben beziehen sich allerdings noch auf das Jahr 1926, also auf die Zeit vor der Weltwirtschaftskrise.

Tageslohn der Arbeiterinnen.

	Zahl der Fabriken	höchster niedrigster gewöhnlicher		
		Satz	Satz	Satz
Keramik	11	2,00	0,25	0,50—0,90
Kupfergewinnung	2	0,65	0,25	0,45
Maschinenindustrie	3	—	—	1,25
Elektrische Industrie	3	0,84	0,30	0,60
Eisenwaren	3	—	—	0,40—0,65
Glas	3	1,00	0,50	—
Gummi	2	—	—	0,75—1,00
Streichhölzer	2	—	—	0,40
Rohseide	9	1,30	0,125	0,45—0,75
Baumwollspinnerei	3	1,25	0,30	0,60
Baumwollweberei	4	1,00	0,50	0,50—0,70
Wollverarbeitung	2	3,70	0,30	0,75—0,90
Druckereien	4	0,75	0,35	—
Papier	2	—	—	0,40
Brauereien	1	0,65	0,38	—
Bürsten	3	2,00	—	0,75

Tageslohn der Arbeiter.

Keramik	11	2,00	0,25	1,25
Kupfergewinnung	2	3,50	0,60	1,00—1,25
Maschinenindustrie	3	6,00	1,00	1,50—2,00
Elektrische Industrie	3	5,00	0,50	0,88
Eisenwaren	3	1,75	—	1,00—1,30
Glas	3	2,50	0,50	1,50
Gummi	2	—	—	1,00—1,25
Streichhölzer	2	—	—	0,75
Baumwollspinnerei	3	1,50	0,40	0,75—0,90
Baumwollweberei	4	1,50	—	0,65—0,70
Wollverarbeitung	2	3,70	—	0,75—0,90
Druckereien	4	3,00	0,50	0,75—2,40
Papier	2	2,00	—	0,60—0,90
Brauereien	1	1,75	0,45	0,95
Bürsten	3	—	—	1,25
Kohlenbergwerke	2	—	—	1,15—1,30

Auffallend sind die großen Unterschiede zwischen den angegebenen Höchst- und Mindestsätzen.

Zu diesen Löhnen kommen noch Zusätze in Form von freier Wohnung, Nahrungsmitteln, Kleidung und Ähnlichem. Natürlich würde der Arbeiter besser fahren, wenn er statt dieser „Zusätze“ mehr Geld erhalten würde und sich selber die entsprechenden Bedarfsartikel kaufen könnte; er muß er mit dem vorliebnehmen, was der Unternehmer gut genug für ihn findet.

Werkwohnungen — Gefängnisse.

In der Textilindustrie beträgt die Zahl der in Werkwohnungen lebenden Arbeiter 61 Prozent, in der Nahrungsmittelindustrie 34, in der chemischen Industrie 9 und in der Maschinenindustrie 4 Prozent. Meist sind es Frauen, die in den Werkhäusern wohnen. Was das bedeutet, zeigt die Tatsache, daß diese

Frauen die Werkhäuser auch in ihrer Freizeit nur mit Erlaubnis der Werkleitung verlassen dürfen.

Gewöhnlich wird den Arbeiterinnen nur einige Male im Monat der Ausgang gestattet! Ein Fall wurde bekannt, in dem sogar die örtliche Gewerkschaft die Verantwortung für die rechtzeitige Rückkehr übernehmen mußte. Angeblich dient diese Einsperrung zum Schutz der jungen Arbeiterinnen vor den „Gefahren der Großstadt“. Diese fürsorgliche Bevormundung hat für die Unternehmer den Vorteil, daß die Arbeiterinnen sich nicht politisch und gewerkschaftlich bilden und betätigen können!

Durchschnittlich betragen die Zusätze, über die der Arbeiter nicht frei verfügen kann, ein Drittel bis die Hälfte seines Lohnes (nach Angaben eines Unternehmerverbandes für das Jahr 1919).

Lehrlingsausbeutung.

In Japan ist die Hausindustrie mit ihrem Lehrlingswesen noch sehr entwickelt. Auch wird ein starker Lohndruck ausgeübt. Es gibt unzählige kleine Werkstätten, in denen nur sehr selten bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt werden und die meiste Arbeit von Lehrlingen geleistet wird. Diese leben in der Familie des Meisters und erhalten nur hier und da etwas Taschengeld. In den Honjo- und Fukagawa-Bezirken von Tokio bestehen allein etwa 2000 solcher Werkstätten, in denen häufig bis zu 30 Lehrlinge unter diesen Bedingungen leben. Fast die ganze rein japanische Erzeugung wird von Lehrlingen angefertigt. So wird beispielsweise die japanische Kleidung von Schneidern hergestellt, die bis zu 100 Lehrlingen beschäftigen, von denen aber nur 10 Prozent einen Barlohn erhalten!

Das alles macht es uns verständlich, daß der

Lohn der japanischen Arbeiter oft bedeutend geringer ist als der von Arbeitern in anderen Ländern.

Ein amerikanischer Spinner bekommt 4—5 mal so viel Lohn als ein japanischer, ein Bergarbeiter in Japan erhält durchschnittlich ein Fünftel des Tagelohns eines amerikanischen Bergarbeiters. Dabei ist zu bedenken, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der amerikanischen Bergindustrie im allgemeinen schlecht und sklavenhaft sind.

Geringe Arbeitsproduktivität.

Allerdings ist andererseits die Produktivität der japanischen Arbeiter geringer als die amerikanischer oder europäischer Arbeiter. Ein amerikanischer Arbeiter bedient 2—6 Mal so viel Spindeln wie ein japanischer; die japanischen Spinnerinnen brauchen doppelt so viel Arbeiterinnen wie die italienischen, die japanischen Weberinnen 7 Mal so viel Weber wie die amerikanischen, und die tägliche Produktion eines amerikanischen Bergarbeiters ist 9 Mal so groß wie die eines

japanischen. Diese Zahlen sind jedoch mit großer Vorsicht aufzunehmen. Denn die Produktion der japanischen Kohle ist viel schwieriger als die der amerikanischen, was durch die verschiedenen Gesteinsverhältnisse zu erklären ist. Außerdem wird im japanischen Bergbau noch ziemlich primitiv gearbeitet verglichen mit dem amerikanischen, in dem mehr moderne Maschinen Verwendung finden.

Dazu kommt die für männliche Arbeiter unbeschränkte Arbeitszeit, die den japanischen Arbeiter völlig erschöpft. Nur für Frauen und Minderjährige unter 16 Jahren ist die Arbeitsdauer auf 11 Stunden beschränkt, ebenso die Nacharbeit, die für Arbeiter ebenfalls unbeschränkt ist. Die Zahl der Ruhetage beträgt 2 bis 4 im Monat. Also nicht einmal jeden Sonntag findet der Frondienst eine kurze Unterbrechung!

Daß die geringere Produktionsfähigkeit des japanischen Arbeiters hauptsächlich durch die übermäßige erschöpfende Arbeitsdauer bedingt ist, zeigen die Versuche in verschiedenen Werken, die

durch Kürzung der Arbeitsdauer eine wesentliche Steigerung der Produktivität erzielten!

Häufiger Arbeitswechsel — Agentenwesen.

Kein Wunder, daß unter solch grauenhaften Umständen die „Fluktuation“ in der japanischen Industrie sehr groß ist: Es findet ein dauernder Wechsel statt. Der japanische Spinnerbesitzerverband stellte 1919 fest, daß 45 Prozent der Arbeiter in den Fabriken weniger als 1 Jahr bleiben, und nur 21 Prozent länger als 2 Jahre. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer beträgt 1 Jahr und 5 Monate.

Für 1925 berechnete das Regierungsbüro für soziale Angelegenheiten, daß in den Textilwerken 58 Prozent, in der Maschinenindustrie 42, in der chemischen 35, in der übrigen Industrie 65 Prozent der Arbeiterschaft jährlich ihre Arbeitsstätte wieder verlassen.

Aus diesem Grunde werden viele Industrierwerke gleich auf dem Lande errichtet, um leichter Arbeitskräfte aus der Bauernbevölkerung heranziehen zu können. 1928 befanden sich zum Beispiel nur 43 Prozent der Baumwollspindeln in der Stadt. Das ist um so leichter zu bewerkstelligen, als es in Japan keine sogenannten „abgelegenen Gebiete“ gibt, wie etwa in Deutschland. Der Landbau kann fast nur in den großen Tälern betrieben werden, die durch Eisenbahn und Flußschiffahrt gut erschlossen sind. Das ist auch ein Grund dafür, daß sich die Lebensansprüche der Bauern und Arbeiter in Japan schnell und weitgehend einander angeglichen haben.

Trotz der schlechten Aussichten bei der Arbeit in der Landwirtschaft und trotz der großen industriellen Reservearmee, die infolge der jährlichen Bevölkerungszunahme von rund 900 000 Menschen rasch wächst, hält es der japanische Arbeiter nicht lange in der industriellen Lohnsklaverei aus.

Zu frisch ist noch seine Erinnerung an die ländlichen Arbeitsverhältnisse, die zwar alles andere als leicht und einkömmlich sind, die ihm aber erträglicher erscheinen als die Verhältnisse in der städtischen Industrie.

Wie schnell würde die industrielle Reservearmee verschwinden, wenn es den japanischen Bauern gelingen würde, die Bodensperre aufzuheben!

Heute blüht das Agentenwesen in Japan. Auch hier bestehen große Mißstände zum Nachteil der Arbeiter. 3,5 Golddollar zahlte zum Beispiel eine Baumwollspinnerei in Osaka ihrem Agenten für jedes angeworbene Mädchen, neben dem Ersatz für Reisekosten und andere Ausgaben der Arbeiterinnen auf der Fahrt zur Fabrik. Nach den Schätzungen des Unternehmerverbandes der Baumwollindustrie von 1919 betrug die Werbungsprämie für die einzelne Arbeiterin 3—25 Golddollar. Es ist klar:

Der Arbeiter muß diese „Werbungskosten“ zum größten Teile und in irgendeiner Form selber tragen.

So pflegen manche Werber den Eltern der Mädchen und jungen Männer, die sie anwerben möchten, große Geschenke zu machen, die den armen Opfern nachher vom Lohne abgezogen werden und oft 8 bis 12 Prozent des Lohnes ausmachen! Mit Versprechungen wird selbstverständlich nicht gezeigt, und bei der Schilderung der „paradiesischen“ Arbeitsverhältnisse, deren wirkliches Gesicht wir vorhin kennenlernten, halten sich die Agenten in keiner Weise an die Wahrheit gebunden.

Die Forderungen: Koalitionsrecht und freier Zutritt zum Boden.

Wir sehen ganz deutlich: die Interessen von Bauern und Industriearbeitern sind auch in Japan durchaus gleichgerichtet! Beide Stände gehen dort mehr oder weniger in einander über. Nach zwei Seiten muß der Kampf geführt werden. Einerseits gilt es, die Bodensperre zu durchbrechen (vergleiche hierzu Nr. 148 des „Funkens“), wodurch die Reservearmee der Lohndrucker aufgelöst wird und das Einkommen der Arbeiter wie der Bauern steigt. Dazu muß andererseits noch die Industriearbeiterschaft für Koalitionsfreiheit und menschenwürdige Arbeits- und Lohnverhältnisse Sorge tragen, was durch Erfolge im Kampfe gegen das Bodenmonopol wesentlich erleichtert wird. Beide Kampfmaßnahmen verstärken sich also gegenseitig in ihrer Wirkung und in ihrem Erfolg.

Wie die Dinge heute liegen, sind die von den japanischen Unternehmern diktierten Lohn- und Arbeitsbedingungen ein ernstes und warnendes Beispiel dafür, wie es der Arbeiterschaft in einem Lande mit keiner oder mit zu schwacher Gewerkschaftsbewegung geht! Trotz aller diesbezüglichen Rückschritte in den jüngsten Jahren fällt es manchem mitteleuropäischen Kollegen noch schwer, sich darüber eine richtige Vorstellung zu bilden.

R. H. 11.

Afrikanische Neger auch heute noch in Sklaverei.

Für die Wirtschaft und die Unternehmen in Afrika ist nichts heute so wichtig wie eine gesunde Arbeiterschaft. Doch sind die Lohnverhältnisse der dunkelhäutigen Arbeiter verglichen mit denen der europäischen Arbeitskräfte geradezu erbärmlich, vor allem infolge der Bodensperre, über die wir in Nr. 133 ausführlich berichtet haben:

Der Durchschnittslohn des Negers beträgt in Ostafrika 30 Mark monatlich. Für die meisten Teile Afrikas wird das Mindestgehalt des Europäers auf 400 Mark geschätzt. Der Durchschnittslohn des europäischen Bergarbeiters in den südafrikanischen Goldbergwerken beträgt 800 Mark im Monat.

Ebenso erbärmlich und entwürdigend sind auch die gesetzlichen Arbeitsverhältnisse für die dunkelhäutigen Arbeiter.

SELIGO hat in seinem Buch „Afrika im Umbau“ — erschienen im Urania-Freidenker-Verlag zu Jena, ein ausgezeichnetes Buch! — einige gesetzliche Arbeitsbedingungen für Hausangestellte in Deutsch-Ostafrika zusammengestellt, dem „humansten“ aller afrikanischen Kolonialgebiete. Da heißt es zum Beispiel:

Geldstrafe von einem Monatsgehalt oder Gefängnisstrafe bis zu einem Monat:

wenn der Hausangestellte sich ohne Erlaubnis vom Arbeitsplatz entfernt,

wenn er sich während der Arbeit betrinkt, wenn er auf einen Befehl des Herrn den Gehorsam verweigert;

Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 150 Mark:

wenn er als Hirt es unterläßt, den Tod eines ihm anvertrauten Tieres zu melden,

wenn er den Verlust eines ihm anvertrauten Gegenstandes verursacht.

Ich spreche hier nicht von den Grausamkeiten und Gemeinheiten der europäischen Vorkriegs-Kolonialpolitik; nicht von den 100 Millionen Menschen, die im Laufe der Jahrzehnte als Sklaven aus Afrika weggeschleppt wurden; nicht von den Tausenden und aber Tausenden, die beim Bahn- und Wegebau ihr Leben lassen mußten. Ich spreche hier nur von der heutigen modernen und „humanen“ Kolonialpolitik. Hierüber sagt LONDRES:

„Afrika lebt also noch in der Sklaverei. . . In Afrika muß alles dienen.“

Alles: das sind die Neger und die übrigen „Farbigen“! „Der Weiße ist immer ein Beamter. Der Beamte ist das Moskitto des Negers. Täglich sticht er ihn und stört ihn in seinem süßen Nichtstun.“

K. H.

Reichsbank.

17 Millionen Mark Gold- und Devisenabfluß.

(Angaben in Millionen Mark.)

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford.	Wechsel, Schecks	Noten-umlauf	Giro-zuthaben	Gesamt-Geld-umlauf
30. 6. 1931	1421	300	74	355	2579	4295	398	5971
7. 7. 1931	1422	371	3	225	2555	4110	343	5762
31. 5. 1932	863	129	18	257	2990	3961	431	5990
7. 6. 1932	848	138	6	129	3081	3889	358	5898
30. 6. 1932	832	130	2	261	3100	3984	473	6056
7. 7. 1932	808	139	2	104	3152	3877	402	5918

Die Deckungsbestände der Reichsbank haben insgesamt um 17 Millionen Mark abgenommen infolge der Zahlungen, die auf die Dawes- und andere Auslandsanleihen gezahlt werden mußten. — Der Abfluß von Deckungsbeständen wird wahrscheinlich auch in der folgenden Berichtswoche anhalten; denn es ist eine Teilzahlung auf den 125 Millionen Dollar-Kredit von Lee Higginson fällig.

Die Ausleihungen sind um 125 Millionen Mark zurückgegangen. Das sind, gemessen an den zum Monatsende neu in Anspruch genommenen Krediten, rund 28 Prozent; im Vormonat waren es rund 27 Prozent und zur gleichen Zeit

im Mai (also vor der innenpolitischen Beunruhigung durch die Papen-Regierung) 39 Prozent. Die Entlastung in der Berichtswoche wäre größer gewesen, wenn nicht das Reich den 125 Millionen Mark Ueberbrückungskredit eines Banken-Konsortiums in Anspruch genommen hätte.

Die umlaufende Notenmenge hat um 107 Millionen Mark abgenommen und ist etwas geringer als zur gleichen Zeit des Vormonats. Die gesamte Zahlungsmittelmenge ist um 140 Millionen Mark geringer als vor einer Woche.

Der Lausanner Vertrag gibt — nach der Ratifikation — Deutschland die Möglichkeit, der Reichsbank ihre auf Grund des Young-Plans beschnittene Handlungsfreiheit zurückzugeben und eröffnet damit die Möglichkeit, den Diskontsatz auch bei Unterschreitung der Deckungsgrenze unter 5 Prozent zu senken. Ja, Deutschland hat nun sogar die Möglichkeit, von der Goldwährung abzugehen! Zweifellos wird eine starke Propaganda dafür einsetzen. Die Gefahr der Inflation wird also immer größer. Die Reichsbankausweise nach dem Antritt der Regierung Papen zeigen, wie groß das Mißtrauen unter der Bevölkerung ist.

Bei jeder währungspolitischen Maßnahme muß daher dieses Mißtrauen in Rechnung gesetzt werden. Das gilt schon für die Senkung des Diskontsatzes unter 5 Prozent; eine Maßnahme, die vor Bereinigung der Wirtschaft durch Bankrotte in Schwerindustrie und Großgrundigentum keinesfalls vorgenommen werden sollte. Wir warnen daher heute schon vor einer weiteren Diskontsenkung. Bey.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 162 B

BERLIN • Mittwoch, den 13. Juli 1932

1. JAHRGANG

Schlaglicht auf die Reichswehr.

Was wird in Deutschland?

Die Einheitsfront der deutschen Arbeiter — eine internationale Angelegenheit.

Von Theodor Hartwig (Prag *).

„Ein entsetzlicher und schauerlicher Anblick ist es, wenn ein großes Volk sich selbst entmannt, wenn ihm kein Ideal in seinem Herzen mehr soviel gilt, wie ein eiserner Fuß in seinem Nacken; wenn es in die Knechtschaft stürzt, wie die Motte in die Flamme. Um so entsetzlicher und schauerlicher erscheint diese geistige Epidemie, weil sie unter allen Völkern und zu allen Zeiten wiedergekehrt ist und weil sie jede Nation, welche sie überfällt, bis ins Mark verdirbt.“

(Franz Mehring in der „Berliner Volks-Zeitung“ vom 2. Februar 1887.)

Ein politisches Hochdruckgebiet lagert über Deutschland. Hier befindet sich gegenwärtig die Schlüsselstellung für das nächste weltpolitische Geschehen.

Siegt der Faschismus in irgendeiner Form, dann ist einseitig die Welt in die Hände Italiens trotz aller bestehenden Schwierigkeiten auf Jahre befestigt und andererseits die Sowjetunion unmittelbar bedroht.

Millionen Sozialisten in allen Ländern stellen sich die bange Frage: Was wird in Deutschland?

Nach einem bekannten Worte von Börne haben die Deutschen vor Luther die Knechtschaft gekannt, aber erst von Luther die Knechtsgesinnung gelernt. Wie ist dieser Satz soziologisch zu verstehen?

Luther hat die Reformation ebensowenig „gemacht“ wie Mussolini den Faschismus. Beide sind menschliche Werkzeuge, geformt und ausgewählt im natürlichen historischen Ausleseprozeß, der sich unter gewaltigen Zuckungen an den Umbruchstellen der Geschichte vollzieht. Die Reformation steht an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters als ideologischer Wegbereiter der treibenden Kräfte einer aufstrebenden Geldwirtschaft; der Faschismus steht am Ausgang der kapitalistischen Epoche als letztes Bollwerk der zusammenbrechenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Die Reformation war eine soziale Bewegung in religiösem Gewande; der Faschismus ist eine antisoziale Bewegung unter nationalistischer Flagge. Die Reformation hat — trotz feudalistischer Rückschläge — den Boden ideologisch gelockert, auf dem schließlich das bürgerliche Handelskapital sich gegenüber der feudalen Grundrente als wirtschaftlich überlegen erwies. Der Faschismus kann den Zusammenbruch des kapitalistischen Systems auf die Dauer nicht aufhalten, selbst wenn er sich eine breitere Basis zu schaffen sucht, indem er nicht nur die sinkende Profitrate, sondern auch die nur mehr parasitäre Grundrente gegen den Ansturm verelendeter Massen verteidigt.

Geschichtliche Analogien sind immer mit Vorsicht aufzunehmen. Man muß sich dabei trotz mancher äußeren Ähnlichkeiten immer der Unterschiede bewußt bleiben. Diese Unterschiede sind vor allem in den objektiven Verhältnissen zu suchen, während die Ähnlichkeiten zumeist subjektiver Natur sind. Wenn man z. B. den Hindenburg-Kurs in Deutschland mit der Mac-Mahon-Episode in Frankreich vergleicht, so wird man finden, daß die Analogien mehr im Menschlich-Allzumenschlichen liegen. Ein Volk verwindet eben seine militärische Niederlage nicht leicht und reagiert psychologisch ab, indem es sich trotz zu seinen Illusionen, d. h. zu seinen Fehlern von gestern bekennt. Diese Tatsache läßt sich schon im engeren Kreise der Familie konstatieren, und an der sogenannten „Famillenhöhle“ zeigen sich bekanntlich auch solche Familienmitglieder interessiert, die sonst wenig oder nichts für die Familie übrig haben.

Es sind also vor allem die seelischen Erschütterungen, die in den Zeiten des sozialen Umbruchs in den Menschen ausgelöst werden, und in diesem Sinne muß das als Motto verwendete Zitat von Mehring richtig verstanden werden. Wenn dort von einer „Wiederkehr“ die Rede ist, so bezieht sich dieser Ausdruck nicht auf objektive Tatsachen, sondern auf jene „geistigen Epidemie“, die sich nur als Auswirkungen fortgehender seelischer Erschütterungen erklären lassen.

Woher kommt jene Knechtsgesinnung in Deutschland, die sich dem eisernen Fuß im Nacken beugt, heute so wie einst zur Zeit der Reformation? Das Alte ist nicht mehr, das Neue ist noch nicht da. In dieser Wirrsal sucht der Mensch

*) Wir bringen hier einen Aufsatz des Genossen Hartwig (Prag), dessen soziologische Betrachtung der Gegenwart wir nicht völlig unterschreiben. Umso erfreuter sind wir, seinen Ausführungen über die Frage der Einheitsfront restlos zustimmen zu können.

Röhm plaudert aus. Klassenkampf, Reichswehr und SA.

Es muß abgewartet werden, was Herr v. Schleicher zu dieser Offenherzigkeit des Herrn Röhm sagen wird.

Schleicher erklärt:

Wir hatten bereits berichtet, daß am Sonntag bei den SA-Unruhen in Ohlau (Schlesien) Reichswehr zur Unterstützung der Polizei eingegriffen hat. Hierzu gibt das Reichwehrministerium eine interessante Mitteilung heraus, in der es unter anderem heißt:

„Der Bürgermeister von Ohlau forderte von Breslau Polizeiverstärkung an und bat den Standortältesten, um die Gestellung von Patrouillen zur Sammlung der Verletzten in der Stadt. Diesem Ersuchen wurde entsprochen. Ein bewaffneter Zivilist — wie sich später herausstellte, ein Reichsbannermann — leistete hierbei der Aufforderung, stehen zu bleiben und die Waffe abzugeben, nicht Folge. Da es in der Dunkelheit ungewiß war, ob der Mann nicht seinerseits von der Waffe Gebrauch machen würde, wurde auf ihn geschossen. Er erhielt einen Oberschenkelchuß und wurde von der Polizei sofort festgenommen.“

Wie bisher feststeht, ist nur in diesem einen Fall von seiten der Soldaten von der Schußwaffe Gebrauch gemacht worden. Ferner sind Soldaten nur als Patrouillen zum Sammeln und Fortbringen von Verwundeten verwendet worden. Ein Einsatz gegen eine bestimmte Front oder zu bestimmten Kampfaufträgen ist nicht erfolgt.“

Die Absicht Schleichers, im Bürgerkrieg die Reichswehr nur im Notfall und mit Zurückhaltung einzusetzen, muß man durchaus ernst nehmen. Schleicher braucht für die Zwecke des nationalen Militarismus die Wahrung des Rufs des Soldatenstandes als einen ehrenvollen Beruf. Das gemeine Geschäft, aber empörte Hungernde, die nicht durch ihre Schuld in den Hunger getrieben worden sind, niederzuschießen, dieser gemeine Henkersdienst im Solde derer, die für das Massenhungern die Verantwortung tragen, würde das Ansehen der Reichswehr untergraben.

So muß man die starke Unterstützung verstehen, die die herrschende Klasse und ihr Exponent Schleicher der SA gewährt. Für die niedrigsten Funktionen im Klassenkampf ist eine besondere Truppe nötig: das zweibeinige Gelbkreuz.

Nazilügen marschieren in Berlin.

Auch gern unter Polizeibedeckung!

Rpt. In unserem Bericht über die klägliche Nazi-Demonstration vom Sonnabend schrieben wir: „Hugenbergs Telegraphen-Union verbreitet die Nachricht: Von ‚polizeilicher Seite‘ wird die Beteiligung an dem Aufmarsch stärker als beim Aufmarsch der Eisernen Front bezeichnet. — Das ist purer Unsinn: Die Beteiligung war sogar geringer als bei der KP-Demonstration am Sonntag vor acht Tagen.“

Die Schlagzeile des „Angriff“ vom Montag lautet: „Berlins gewaltigste Massenkundgebung im Lustgarten.“ Darunter steht außer Bildern als einziger Text: „Sogar der Polizeibericht mußte zugeben, daß die Lustgarten-Kundgebung der NSDAP vom Sonnabend größer war als die der ‚Eisernen‘ und der KPD vor einigen Tagen.“

nach einem Halt, wobei er geneigt ist, seelisch in jene Zeit zurückzufflüchten, in der er als Kind von seinen Eltern behütet war. Die Psychologie spricht von einem Zurückschreiten (Regression) in die Kindheitsepoche (Infantilisimus), und diese Erscheinung ist nicht nur im Einzelfall zu beobachten (der sterbende Soldat ruft nach seiner Mutter!), sondern gilt auch für Massenpsychosen.

In krisenhaften Zeiten werden die sozialen Verhältnisse undurchsichtig. Der Mensch, der sich mit gewohnten Ungerechtigkeiten abgefunden hat, steht vor der schicksalhaften Tatsache, daß seine Existenz — materiell und ideell — in bisher ungewohnter Weise gefährdet wird. Wie der Primitive einst den Naturkräften verstehend gegenüber trat und in seiner Ohnmacht in wunschhafte „religiöse“ Träume flüchtete, so fühlt sich der Mensch von heute von unvorstehenden ge-

Unsere telephonische Anfrage bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums ergab, daß ein Polizeibericht mit Zahlenangaben über die NS-Demonstration überhaupt nicht ausgegeben wurde.

Frage: Stammt der „Polizeibericht“ vielleicht von einem einzelnen NS-Polizisten, etwa von einem, der zu klein war, um über die Köpfe seiner Nachbarn hinweg zu sehen? Oder etwa von der famosen „Lügenabwehrstelle“ der Nazis?

Frage und Forderung: Was tut das Polizeipräsidium dagegen, daß Hugenbergs Telegraphen-Union und die NS-Pressen sich auf das unter Leitung eines Sozialdemokraten stehende Berliner Polizeipräsidium zu Unrecht als Zeugen ihrer Macht berufen? Alle Gegner der Faschisten erwarten vom Berliner Polizeipräsidenten, daß er zum mindesten diese freche Lüge berichtigen läßt.

ellschaftlichen Kräften bedroht. Die Masse der sozial primitiven überwiegt weitaus die besonnenen Elemente und neigt zur politischen Psychose. Trotz sogenannter Schulung durch Organisationen wie Partei und Gewerkschaft ist der Stand der politischen Bildung — insbesondere in Deutschland — als sehr niedrig zu bezeichnen. Daher gelingt es den staatlichen Apparaten, wozu übrigens auch die „wissenschaftlichen“ Konjunkturinstitute gehören, verhältnismäßig leicht, den sozialen Aberglauben der Massen zu dirigieren.

Haben einst im Zeitalter der Reformation die bedrückten Bauern gemeint, ein neues Christentum sei imstande, die Ausbeutung zu verhindern, so sind die Armen im Geiste von heute bereit, irgend einem politischen Marktschreier oder Wändeldoktor auf den Leim zu gehen. Not kennt kein Gebot. Besonders seelische Not durchbricht alle Dämme logischer Don-

kens. Die Stimme der Vernunft versagt, geistige Hemmungen werden ausgeschaltet, die Affekte drängen aus der Tiefe des Unterbewußten titanisch empor und scheuen nicht mehr das Licht des Tages. Wie im Kriege oder bei einer Panik.

Angesichts dieser sozialpsychischen Tatsachen erwächst uns eine neue Aufgabe. Mit einer Eisernen Front allein werden wir den seelischen Zusammenbruch des Proletariats nicht aufhalten. Was nützt, ist Ermüdung.

Es hat heute keinen Sinn mehr, parteipolitische Schuldfragen aufzurollen;

aber es muß offen gesagt werden, daß dem Nationalsozialismus niemals der Einbruch in die marxistische Front gelungen wäre, wenn diese nicht vorher durch die gegenseitigen Gehässigkeiten von SPD und KPD ermüdet worden wäre. Mit psychologischer Blindheit geschlagen, haben sogenannte „Sozialisten“ gegeneinander gewütet und damit den Glauben der Massen an den Sozialismus überhaupt erschüttert, ohne zu bedenken, daß derartige Gehässigkeiten sich zuerst an dem Angreifer selber rächen.

Alle gegen die Sowjetunion gerichteten Nörgeleien haben schließlich nur dazu beigetragen, die Reihen der SPD zu lichten. Umgekehrt hat das Schimpfwort vom „Sozialfaschismus“ nur Propaganda für den unverfälschten Faschismus gemacht. Man vergleiche etwa mit dieser wahrhaft unsozialistischen Kampfweise die Haltung eines Brüning nach seinem Sturz. Auf einer Zentrumsversammlung in Mainz erklärte er, daß „ein Politiker in jeder Lage alles daran setzen muß, die Autorität des Staates zu stärken und den Glauben an die Autorität, soweit er kann, aufrecht zu erhalten.“

So muß ein Mann sprechen, der die bestehende Gesellschaftsordnung als ewige Kategorie betrachtet. Wir Sozialisten haben allen Grund, unseren gegensätzlichen Standpunkt ebenso unbeirrt zu vertreten, um das Ansehen des Sozialismus zu stärken und den Glauben an unsere Zukunftsideale wach zu erhalten. Das muß auch

der leitende Gedanke für jene Einheitsfront sein, die wir anstreben.

Wir sind keine Utopisten. Wir wissen, welche Hindernisse es hier noch zu überwinden gibt. Wir verstehen soziologisch, warum ein nicht unbedeutlicher Teil des Proletariats noch reformistisch eingestellt ist und warum gerade die fortgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft an der Parteitaktik irre zu werden beginnen. Mit Demagogie kommen wir nicht vorwärts. Diese Methode dürfen sich die reaktionären Parteien gestatten, die mit dem Infantilismus ihrer Anhänger rechnen und daher ganz folgerichtig alle Verantwortung dem Führer zuschieben. Der Sozialismus kann aber nur dann verwirklicht werden, wenn — wie schon Friedrich Engels gesagt hat — „die Massen wissen, worum es geht“.

In diesem Sinne sind wir alle mitverantwortlich für das, was gegenwärtig in Deutschland geschieht.

Daher müssen auch die Sozialisten in den anderen Ländern mitzuhelfen suchen, damit die proletarische Einheitsfront in Deutschland zustandekommt,

trotz alledem und alledem zustande kommen kann.

Wahlgelegenheit für Seeleute.

Seeleute, die vor dem 31. Juli in See gehen, können zur Reichstagswahl schon vom 21. Juli an, und Seeleute, die nach dem 31. Juli in einen deutschen Hafen einfahren, noch bis 5. August in folgenden Hafenstädten abstimmen: Königsberg i. Pr., Pillau, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Altona, Flensburg, Kiel, Emden, Wesermünde, Wilhelmshaven, Hamburg, Cuxhaven, Nordenham, Bremen, Bremerhaven, Lübeck.

In diesen Städten nehmen besondere Abstimmungsvorstände täglich Seemannsstimmen entgegen.

Die Abstimmungszeiten werden von den Hafenstädten bekanntgegeben. Der Seemann muß sich durch sein Seefahrtsbuch ausweisen und einen Stimmschein besitzen.

Für den Durchgangsverkehr im Kaiser-Wilhelm-Kanal wird an der Holtzener Schleuse ein Wahllokal eingerichtet, in dem vom 21. Juli, 16 Uhr, bis 31. Juli, 15 Uhr, und vom 1. August, 10 Uhr, bis 5. August, 18 Uhr, Tag und Nacht Seeleute ihre Stimmen abgeben können.

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

28) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Karl Liebknecht — Sohn Wilhelm Liebknechts. Und mehr: er hat seinen eigenen Weg hinter sich. Als er am 4. August 1914, dem Mehrheitsbeschluß gehorchend, mit den übrigen Sozialdemokraten für die Kriegskredite gestimmt hatte, kam er mit Tränen in den Augen in das Fraktionszimmer zurück. Damals sagte Rosa Luxemburg ihm, er hätte die Parteidisziplin durchbrechen und einzig und allein seinem Gewissen folgen müssen. Diesen Weg des Gewissens ging er seitdem. Der zweiten Kriegsanleihe verweigerte er seine Stimme. Schon im Jahre 1915 hatte er eine kleine illegale Gruppe von Revolutionären um sich gesammelt. Er wurde aus der Fraktion ausgeschlossen, zum Militär eingezogen und als Armierungssoldat an die Front geschickt. Anfang 1916 verschickte er einen „politischen Brief“, den er mit dem Pseudonym „Spartakus“ zeichnete. Und am 1. Mai 1916 stand er als erster öffentlicher Ankläger in Berlin auf dem Potsdamer Platz und hielt, von einem Haufen Demonstranten umgeben, eine Rede gegen den Krieg. Er wurde verhaftet und verschwand im Zuchthaus Luckau.

Karl Liebknecht:

Armierungssoldat!

Zuchthäusler!

Tribun der Revolution!

Da steht er und spricht:

„... durch Erzählungen habe ich von Ihrer Existenz, von der Existenz einer revolutionären, illegalen Organisation gehört. Aber ich muß schon sagen, daß ich enttäuscht bin von Ihren Taten. Ich muß sagen, daß ich mir das Tun und das Tempo anders vorstelle. Am Mittwoch kam ich, und es fand jene gewaltige Demonstration statt, wie Berlin mit gleichem Elan noch keine gesehen, nachdem am Tage vorher eine von derselben Begeisterung getragene Demonstration vor dem Reichstag und Unter den Linden stattgefunden

Geheimabkommen von Lausanne.

Der „Daily Herald“ (die Zeitung der englischen Arbeiter-Partei) hatte gemeldet, in Lausanne seien außer dem offiziellen Abkommen vier Geheimabkommen geschlossen worden, durch die das Hauptabkommen völlig an Wert verliere. Amtlich wird dazu bekanntgegeben:

1. Ueber das sogenannte Gentleman-Abkommen, daß angeblich darauf hinausläuft, England, Frankreich und Italien sollten das Lausanner Abkommen erst ratifizieren, wenn eine zufriedenstellende Einigung mit Amerika über die Schuldenfrage zustande gekommen sei, werde Mac Donald nächstens im Unterhaus sprechen. Die Einzelheiten seien hier etwas verwickelt, weswegen man Mac Donald nicht vorgreifen dürfe.

2. Die übrigen Abkommen, von denen das englische Blatt berichtet — es soll sich einmal um die Verabredung handeln, keiner der Staaten: England, Frankreich und Italien würde mit Amerika ein Abkommen schließen, das den Interessen der beiden anderen entgegenlaufe, andererseits darum, daß die Schuldzahlungen an England von Frankreich und Italien eingestellt werden sollen — sind von der englischen Regierung geleugnet worden.

Das sogenannte Gentleman-Agreement liegt also offenbar vor. Sein Bekanntwerden hat in Amerika große Bestürzung

hervorgerufen, wenn auch, wie es heißt, schon längst der Verdacht bestanden hat, daß das Lausanner Abkommen noch einen Haken habe. Der amerikanische Staatssekretär Stimson erklärte, die amerikanische Regierung lehne es ab, zu diesem englisch-französischen Privatabkommen Stellung zu nehmen. Sie habe keinen Vertreter in Lausanne gehabt und sei an diesem Abkommen nicht beteiligt.

Eine im amerikanischen Senat vorgenommene angeblich zuverlässige private Umfrage soll ergeben haben, daß von den 96 Mitgliedern des Senats 39 Republikaner und 39 Demokraten gegen eine Streichung der Kriegsschulden der Alliierten sind. Vier Senatoren lehnten eine Erklärung ab und 14 waren abwesend. Von 282 Repräsentantenhausmitgliedern erklärten sich 255 gegen eine Streichung, 149 Mitglieder waren abwesend.

Der Führer der Republikaner im Senat soll folgende Erklärung abgegeben haben: „Ich werde die Kriegsschulden weder streichen noch revidieren, gleichgültig, welche Versprechungen in Lausanne gemacht oder welches Abkommen getroffen worden ist. Ich glaube nicht, daß jemals der amerikanische Kongress die alliierten Schulden revidiert oder herabsetzt.“

Die B.I.Z. verlangt neue Garantien.

Die BIZ, die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, steht nach dem Fortfall des Young-Plans vor der Aufgabe einer weitgehenden Umwandlung ihres Geschäftsverkehrs, da ihre Funktion als Reparationsbank erledigt ist. Unter den weitgehend technischen Schwierigkeiten der Umstellung macht sich für die Bank besonders bemerkbar, daß mit dem Young-Plan auch die deutschen Garantien für Anleihe fortfallen, die bisher durch die ungeschützten Annuitäten und andere Sicherungen geboten waren. Die BIZ fordert daher von der deutschen Regierung neue Garantien. Der Präsident der Bank hat bereits in Lausanne mit der deutschen Delegation darüber verhandelt. Der Reichsbankpräsident Dr. Luthor wird in diesen Tagen der BIZ. Vorschläge unterbreiten.

Herriot für die Reservistenübungen.

Bis in die frühen Morgenstunden des Dienstags tagte die französische Kammer, die zu dem neubearbeiteten Finanzprogramm der Regierung Stellung nehmen sollte. Unter den Abänderungsvorschlägen, die der Finanzausschuß bei der zweiten Lesung des Programms angenommen hatte, hat besonders ein sozialistischer Antrag, der die Abschaffung der großen Reservistenübungen verlangte, Widerstand gefunden. Im Heeresausschuß hatte schon der Kriegsminister Paul-Boncour erklärt, die Entscheidung des Finanzausschusses sei zwar für das nächste halbe Jahr bedeutungslos, da bis zum ersten Januar 1933 keine großen Manöver angesetzt seien, die Regierung werde sich aber gegen die Abschaffung der Reservistenübungen mit allen Kräften wehren.

In der Kammer hat Herriot nun in der Tat gegen diesen Vorschlag Protest erhoben und hat bei dieser Gelegenheit die Vertrauensfrage gestellt. Mit den Stimmen der gemäßigten Rechten erzielte er 360 Stimmen gegen die Sozialisten, die 179 Stimmen für ihren Antrag erhielten. Herriot hat also eine Mehrheit von 181 Stimmen erhalten.

Japan lehnt Chinas Verhandlungsvorschläge ab.

Die chinesische Regierung hatte kürzlich der japanischen vorgeschlagen, eine Konferenz einzuberufen, um die mandchurische Frage dort allein von japanischen und chinesischen Abgeordneten verhandeln zu lassen. Die japanische Regierung hat abgelehnt. Dieser Vorschlag entspräche nicht den japanischen Interessen im Fernen Osten. Sie stehe auf

dem Standpunkt, daß die Mandchurei ein selbständiger Staat sei, mit dem die chinesische Regierung unmittelbar verhandeln möge.

Die Marionette Puji wird wieder einmal vorgeschoben — wie immer, wenn es sich darum handelt, daß Japan für seine Taten in der Mandchurei die Verantwortung übernehmen soll.

Aufstand in Brasilien.

In den Südstaaten Brasiliens ist ein Aufstand ausgebrochen, der sich gegen die Regierung Vargas richtet. Führer der Aufständischen ist der General Lopez.

Es hat sich herausgestellt, daß der Aufstand allem Anschein nach von der staatlichen Militärpolizei unternommen worden ist; sämtliche Garnisonen in Sao Paulo, dem Ausgangspunkt des Aufstandes, sind zu den Aufständischen übergegangen.

Die Regierung hat scharfe Maßnahmen zur Bekämpfung des Aufstandes ergriffen. Große Truppenabteilungen der nördlichen und mittleren Staaten sind zusammengezogen worden. Der Flugverkehr nach dem Süden ist einstweilen eingestellt worden. Seesoldaten sind auf einem Kreuzer zur Fahrt nach dem Süden eingeschifft worden.

Memelprozeß in Haag.

Nach längerer Pause wird im Haag das Verfahren wegen der Streitfälle in Memel wieder aufgenommen. Jetzt endlich steht die entscheidende Frage zur Diskussion, ob die Einsetzung des Direktoriums Simmat und die Auflösung des Landtages mit dem Memelstatut im Einklang standen.

Bisher haben die Vertreter der Signatarmächte gesprochen; sie nahmen sämtlich gegen die Haltung der litauischen Regierung Stellung und erklärten sie für ungesetzlich.

Das englische Oberhaus nahm am Montag des Gesetz zur Erhebung von Sonderzöllen auf irische Waren an.

Mit Tränengas, Gummiknüppel und Schußwaffe gegen Arbeitslose.

In Saint Louis (Missouri, USA) machten Arbeitslose eine Riesenkundgebung. Die Polizei wollte die Menge auseinanderreiben, wobei sie von Tränengasbomben und Gummiknüppeln Gebrauch machte. Als das noch nicht genug wirkte, griff sie zur Schußwaffe. Vier Arbeitslose wurden schwer verletzt.

hatte. Seit drei Tagen bin ich hier, und noch hat keine erneute Demonstration stattgefunden.

Die Obleute sitzen schweigend auf ihren Plätzen, die Blicke auf das eingefallene Gesicht Liebknechts gerichtet, das im Licht der einzigen, grünlich brennenden Gasflamme noch fahler erscheint, als es in Wirklichkeit ist. Emil Barth hat seinen Kneifer abgenommen, die Gläser geputzt und ihn dann wieder aufgesetzt. Besorgt beobachtet er seine Genossen — heute muß sich entscheiden, ob die Obleutebewegung ihrer Linie treu bleiben will. Barth hat sich immer gegen Teilaktionen und gegen jede Verzettelung der Kräfte gewendet. Nach den getrennten Aufgaben der Propaganda, des Nachrichtendienstes, des direkten Kampfes hat er die Organisation in verschiedene Abteilungen gegliedert. Er beschaffte Geld zum Ankauf von Waffen, machte ausgedehnte Fahrten durchs Land, um die Fäden weiter zu spinnen, jagte von einer Sitzung in die andere und bereitete alles auf den einen großen Schlag vor. Seit neun Monaten hat er nicht mehr ruhig geschlafen. Betäubt von Plänen und nicht abreißen den Kombinationen schlich er nach durchwachten Nächten aus der tabakverräucherten Küche seiner Neuköllner Wohnung in das Nebenzimmer, in dem seine Frau und seine beiden heranwachsenden Söhne schliefen. Oft fiel er noch halbangezogen ins Bett, um beim Erwachen gleich wieder aus dem Haus zu laufen und die konspirative Tätigkeit fortzusetzen. Und jetzt, wo die Macht „seines Gegenspielers Ludendorff wie ein Kartenhaus zusammenbricht“, wo der psychologische Moment für die Durchführung seiner großen Pläne gekommen ist — in diesem entscheidenden Moment taucht Karl Liebknecht auf.

Die Obleute haben 20 000 Arbeiter auf die Beine gebracht, um Liebknecht am Anhalter Bahnhof zu empfangen. Barth hat während Liebknechts Triumphzug durch Berlin an seiner Seite auf dem Rollwagen gestanden. Vorgestern war er Gast in der russischen Botschaft auf dem Abend, der zu Ehren Liebknechts gegeben wurde. Livrierte Diener, mit Damasttapeten bespannte Säle, die lange Festtafel mit roten Seidenschleifen, mit Rosen und Nelkensträußen überschüttet. Und die Gesellschaft, die geistigen Spitzen der Revolution, die Trinksprüche — zum Kotzen geradezu, dieses gegen-

seitige Beweihräuchern und Anhimeln, das war ja widerlich! Der russische Botschafter erhob sein Glas und führte aus: ... zur selben Stunde marschieren in Moskau Hunderttausende mit Fackeln nach dem Roten Platz vor dem Kreml, um Liebknecht zu ehren, den Verkünder, den Schöpfer der brüderlichen deutschen Revolution, den Helden des revolutionären Proletariats Deutschlands und der Welt!“

Liebknecht, der Schöpfer der Revolution, der Held des deutschen Proletariats, — und ihn, Barth, hatten sie ganz unten an den Tisch gesetzt, neben den einarmigen Globig und neben andere namenlose Proletarier.

Die Stimme Liebknechts wird anklagender:

„Das ist unglaublich, das ist unverantwortlich! Aber unglaublicher und unfassbarer ist mir, daß Sie heute hier zusammensitzen und nicht beraten, wie die morgige und die im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Demonstrationen zu gestalten sind. Wie wird denn revolutionäre Energie, revolutionärer Tatendrang erzeugt? Glauben Sie etwa durch mündliche Propaganda in soundso vielen verschwiegenen Zusammenkünften ...“

„Und unsere Tätigkeit in den Betrieben?“

„Und die Bewaffnung der Arbeiterschaft?“

„Auch durch die Bewaffnung von einigen Tausend wohl energischer, das Leben mit freudiger Begeisterung wagnender Genossen, denen man die Waffen in die Hand drückt, aber mit der Anweisung, dieselben nur zu gebrauchen, wenn es ihnen befohlen wird — nein, auch dadurch werden wir der Revolution nicht näher kommen.“

Nein! Und tausendmal nein!“

Liebknecht holt seinen Blick auf Emil Barth:

„Es ist eine Utopie, wenn man glaubt, mit einem einzigen großen Schlag die siegreiche Revolution zu machen. Nein, es ist mehr: es ist ein Verbrechen, derartiges zu glauben und zu propagieren! Die revolutionäre Energie, die revolutionäre Tatkraft werden nur im Kampfe erzeugt, geboren, gestärkt, gehoben. Der revolutionäre Kampf, das sind revolutionäre Aktionen, sind Straßendemonstrationen, sind Generalstreiks ...“

(Fortsetzung folgt.)

Zwei „antifaschistische“ Aktionen.

Ein Bürger für die SPD.

Hellmut von Gerlach beschwört in einem Leitartikel im „Vorwärts“ bürgerliche Männer und Frauen, am 31. Juli sozialdemokratisch zu wählen. Im allgemeinen kann es selbstverständlich uninteressant bleiben, wozu ein leidenschaftlicher Demokrat, also ein prinzipieller Anhänger des Prinzips der Prinzipienlosigkeit sich entschließt — solche Leute können nur wie ein schwankendes Rohr im Winde von einer Richtung in die andere fallen. Immerhin ist Herr von Gerlach ein bekannter Demokrat und gibt seit einiger Zeit als Nachfolger Carl von Ossietzkys die „Weltbühne“ heraus, die — uneinheitlich — zwar oft nur den Charakter bloßer linksbürgerlicher Mißvergnüthigkeit zeigt, im übrigen aber gerade als Zeitschrift des ausgesprochen linken Bürgertums die besten Kräfte dieser sozialen Schicht literarisch repräsentiert.

Herr von Gerlach stellt sehr richtig fest: „Deutsche neigen sehr zum Theoretisieren. Die Lage hat sich jedoch in Deutschland so zugespitzt, daß wir uns den Luxus doktrinäer Meinungskämpfe nicht gestatten dürfen.“

Wenn wir uns diese Meinungskämpfe nicht gestatten dürfen, dann hätte aber Herr von Gerlach als Leiter einer angesehenen politischen Zeitschrift vielleicht Stellung nehmen können zu dem „Dringenden Appell“, den verschiedene seiner Klassengenossen in Verbindung mit Angehörigen anderer Klassen erlassen haben, ausgesprochen zur Abschaffung des Luxus doktrinäer Meinungskämpfe, — positiv ausgedrückt: zur Schaffung eines Wahlblocks zwischen SPD und KPD in Form gemeinsamer Kandidatenlisten.

Von diesem „Dringenden Appell“ hat die Zeitschrift Herrn von Gerlachs, die über manches schreibt, was nicht unerlässlich ist, nicht einmal Notiz genommen. Wir halten dies in der heutigen Zeit für ein schweres Manko gerade bei der Leitung einer Zeitschrift, die mit dem Anspruch auftritt, an der antifaschistischen Front Meinungskämpfe beizulegen. Für ein noch schwereres Manko halten wir allerdings, was Gerlach als Begründung für seine Wahl der SPD anführt; dieses Manko bezieht sich allerdings nicht so sehr auf seine Eigenschaft als Herausgeber einer Zeitschrift, als vielmehr auf seinen politischen Verstand und auf noch gröbere Dinge: auf die Kenntnis von Tatsachen. Die tollste von den Empfehlungen der SPD sieht so aus:

„Die Sozialdemokratie ist Hüterin der Kultur, weil sie keine nationalistischen Scheuklappen trägt.“

Wenn Herr von Gerlach dies für richtig hält, und das müssen wir annehmen, dann können wir nur sagen, daß uns seine Vorstellung von Kultur zu eng ist und daß wir gern wissen möchten, ob ihm wirklich nichts von den vielen „nationalen“ in der SPD bekannt ist. Für diesen Fall empfehlen wir ihm das Studium der SPD-Literatur und -Geschichte wenigstens seit 1914.

Die Antifaschistische Aktion der KP.

Die „Rote Fahne“ bringt einen viele Seiten langen Bericht über ihre Einheitsaktion in der Berliner Philharmonie, der durch seine Länge nicht über die Tatsache hinwegtäuschen kann, daß die „Rote Einheitsfront“ eben die Einheitsfront der Kommunistischen Partei ist. Man hat am Sonntag beschlossen, „das Kampfgebotnis der Antifaschistischen Aktion zum Trutzschwur der roten antifaschistischen Massenbewegung zu machen und in die Tat umzusetzen“.

Dieser „Trutzschwur“ enthält einige Dutzend Vorschläge, Verpflichtungen und Schwüre, gegen die im einzelnen nichts einzuwenden ist. Der Schluß sieht so aus: „Ein Feind — eine

Front — ein Kampf! Her zu uns!“ Man mag zu dieser Aktion der Kommunistischen Partei sagen, was man will — manches Gute läßt sich darüber sagen —, daß sie der Einheitsfront dient, kann man nicht sagen, und nur darauf wäre es angekommen. Alle schönen Erklärungen und revolutionären Deklamationen über die Freiheit im Sozialismus und noch fernere Zukunftsträume bleiben leere Phrasen, wenn der, der sie ausspricht, den ersten Schritt zu ihrer Verwirklichung sabotiert. Gewiß kann man erreichen, daß auf solchem Kongreß auch sozialdemokratische Arbeiter sitzen. Wir haben bereits geschrieben, daß sich auch das Gegenteil erreichen läßt, daß nämlich auf einem „Einheitskongreß der Eisernen Front“ Kommunisten angetroffen werden können; bei der großen Kundgebung der „Eisernen Front“ vor einigen Tagen im Berliner Lustgarten waren ganze Trupps von Kommunisten geschlossen dabei, obwohl offiziell von der KPD nur Diskussionsgruppen beauftragt worden waren, an der Demonstration teilzunehmen.

Dies alles hat mit großzügig organisierter Einheitsfront und Klassenpolitik gar nichts zu tun. Es gehört vorläufig noch immer in die Aera der Kongresse und Parteireklame. Dazu hat das deutsche Proletariat weder Zeit, noch sollte es dafür Geld übrig haben.

Es erscheint wirklich ausgeschlossen, daß die Leitungen der großen Arbeiterorganisationen anders zu einer einheitlichen Aktion gebracht werden können als durch die wuchtigen Backpfeifen, die der Faschismus für das Proletariat bereit hält. Wir erinnern nachdrücklich aber schon heute daran, daß das Proletariat sich dann nicht damit zufrieden geben darf, wenn, wie seinerzeit nach der unmöglichen Politik des ZK der KPD im Jahre 1923, das ZK von seinen Vorgesetzten weggetreten wird. Die blödsinnige Aera Ruth Fischer zu wiederholen, darf das kommunistische Proletariat nicht erlauben. Es sollte vorher aus seinen Fehlern lernen und dem ZK energischer auf die Bude rücken als das bis heute geschieht.

Wir wissen, daß viele Kommunisten, ungeheuer viele Kommunisten, die Politik ihrer Partei für falsch halten,

Die Sehnsucht der Arbeiter — die Antwort des ZK.

N. O. Vor kurzem war in Frankfurt am Main eine kommunistische Versammlung. Anfangs gute Stimmung unter den Arbeitern: Empörung darüber, daß eine von ihnen geplante Demonstration von derselben Polizei verboten worden war, die gleichzeitig eine SA-Demonstration auf dem Börseplatz duldete und schützte. Mit Energie wird die „Internationale“ gesungen.

Dann tritt Römmele vor, spricht zwei Stunden. Ach nein, das glaubt ja kein Mensch mehr, die Botschaft von dem „Es wird“ und „Es muß“, die die alten Phrasen vom Sozialfaschismus begleitet:

„Je stärker die Gegenrevolution, desto stärker auch die revolutionären Kräfte. . . . Die Sozialfaschisten bereiten mit Hitler das Dritte Reich vor. Sie haben sich aber verrechnet: nicht das Dritte Reich, die dritte Internationale wird kommen!“

„Sie wird!“

Die Stimmung sinkt im Saal.

„Wählt Liste 3!“

Ich frage meinen Nachbarn: „Bist du politisch organisiert?“ „Nein, ich wollte in die KP eintreten, aber solche Einheitsfrontmanöver mache ich nicht mit!“

— daß sie nicht zur SP übergehen, liegt bei vielen überhaupt nur daran, daß auch die Politik dieser Partei so erbarmungswürdig ist, daß niemand sich bewegen fühlen kann, ihr beizutreten, der noch eine Spur von revolutionärem Geist in sich hat. Diese beiden Parteien leben geradezu von der Unmöglichkeit der anderen. Ein unsagbar trauriger Zustand, bei dem einem speiübel werden kann.

Bei diesem Versagen vorläufig nahezu aller verantwortlichen Funktionäre können wir nicht nachlassen zu betonen: Fordert von allen, die angeblich gegen den Faschismus und für den Sozialismus sind, daß sie zunächst rückhaltlos versuchen, die verantwortlichen Führer der großen Gruppen der antifaschistischen Bevölkerung zusammenzubringen, damit ein Einheitsprogramm dann beschlossen werden kann. Dieses Einheitsprogramm kann den zehnten Teil des erwähnten Trutzschwurs enthalten. Je kürzer, um so unmißverständlicher kann es sein und um so weniger Stoff wird es liefern für die Diskutieranten männlicher und weiblicher, sozialdemokratischer und kommunistischer Art. Auf die Frage, ob das nicht zu wenig sei, hat einer der sozialdemokratischen Arbeiter auf dem Kongreß die richtige Antwort gegeben. Er hat dort sehr richtig aus seiner Heimat erzählt: „Wenn bei uns was los is, sind wir sowieso alle zusamm. Aber det muß überall so komm'. Ueberall müßn die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammenstehn. Die von uns, die det heute noch nich wolln, wern det entweder einsehn oder det hört nachher keener mehr uff se. So is det die einzige Art, wie wir die Nazis wieder int Mausloch treim. Die wern wieder ganz kleen wern.“

Und einem Kommunisten, der dann den Faden weiter-spinnen und wahrscheinlich auf den „Verrat der SPD-Führer und Gewerkschaftsbözen“ und auf die Richtigkeit der kommunistischen Politik zu sprechen kommen wollte und ihn fragte:

„Und dann? Meinst du, daß wir dann von vorn anfangen mit der Republik von Weimar oder müssen die Arbeiter dann nicht für die sozialistische Ordnung kämpfen?“ gab er die in ihrer lapidaren Kürze und Richtigkeit geradezu klassische Antwort: „Det wer'n wir eben denn schon sehn; erst mal so weit.“

Zum Schluß der Versammlung ein rasch zerstörter Aufschwung: der Vorsitzende erwähnt die umlaufenden Gerüchte, daß die KP am Sonntag mit der Eisernen Front demonstrieren würde. Begeisterter Beifall aus der Versammlung.

„Diese Gerüchte sind falsch, Genossen!“

Eisige Stille.

Eine überparteiliche Gruppe hatte beschlossen, am Sonntag mit der Eisernen Front zu demonstrieren. Die Genossen wissen nicht, ob die Leitung der Eisernen Front oder die der KP schuld ist am Scheitern einer gemeinsamen Demonstration. Jedenfalls sind sie alle bedrückt seit dieser Versammlung.

Kein Mensch, mit dem ich sprach, auch kein Kommunist, hatte ein Wort der Verteidigung für Römmele.

Nachmachen, Braunschweiger Arbeiter!

R. St. Schon lange haben sich viele Wolfenbütteler Arbeiter eine derartige Demonstration gewünscht, wie wir sie hier vor einigen Tagen erlebt haben. Rund 800 Arbeiter, Anhänger der verschiedensten Organisationen von SPD bis KPD, waren dem gemeinsamen Aufruf ihrer Vertreter gefolgt. Kampflieder singend ging es durch die Straßen Wolfenbüttels. Während es sich die Nazis bei früheren kleineren Arbeiterdemonstrationen hier nicht haben nehmen lassen, uns zu provozieren, war an diesem Abend kaum ein uniformierter Nationalist zu sehen. Der Umzug verlief ohne Zwischenfall in vorbildlicher Weise. Die Ansprache des Genossen Klages (KPO) drückte eine Stimmung aus, wie sie bei allen anwesenden Genossen vorhanden war; die Stimmung: Brüder, in eins nun die Hände! Unter dem Gesang dieses Verses wurde am Schluß unserer Demonstration noch einmal der Wille vieler Wolfenbütteler Arbeiter für die Einheitsfront bekräftigt.

Warum habt ihr benachbarten Braunschweiger Genossen, die ihr genau so unter dem Druck der Nazi-Regierung leidet wie wir hier in Wolfenbüttel, noch keine gemeinsame Demonstration in die Wege geleitet? Sollte nicht das, was hier in unserer sonst so verschrienen Kleinbürgerstadt möglich war, nicht auch in Braunschweig, ja in jedem anderen Orte möglich sein?

Sprengkörperfunde. Ein Polizeibeamter getötet.

Am Sonntag wurde in Bremen bei einem Vorgehen der Polizei gegen angebliche Kommunisten ein Polizeibeamter getötet. Anscheinend handelt es sich um einen Unglücksfall, wie aus dem folgenden Bericht über das Ergebnis der polizeilichen Untersuchung hervorgeht:

Am Sonntag abend wurde eine Gruppe von sieben Kommunisten, die sich in der Grambker Heerstraße bei der Unterführung der Hafenbahn verdächtig machten, von Polizeibeamten nach Waffen durchsucht. Hierbei wurde festgestellt, daß die Kommunisten mit geladenen Pistolen ausgerüstet waren und selbstgefertigte Sprengkörper mit sich führten. Sie hatten die Absicht (?), diese Sprengkörper auf die Lastkraftwagen, die die SA-Leute aus Bremen in ihre Heimatorte zurückbeförderten, zu werfen. Bei der Durchsuchung der Kommunisten explodierte ein Sprengkörper und tötete den Polizeiwachmeister Talle, der buchstäblich zerrissen wurde. Ein anderer Beamter wurde durch Sprengstücke verletzt. Sämtliche Kommunisten sind festgenommen worden.

Außer diesem Polizeibericht liegt hier noch keine Meldung über den Vorfall vor.

Die Nationalsozialisierung des Landes Oldenburg schreitet fort: zum Regierungspräsidenten in Eutin für den oldenburgischen Landesteil Lübeck (zu dem die Stadt Lübeck nicht gehört) ist der Nazi Rechtsanwalt Römcker ernannt worden.

SA sucht Straßengefechte.

Zahl der Toten vom Sonntag auf 17 gestiegen.

Über die SA-Gefechte während des Sonntags liefen den ganzen Montag über noch ergänzende Meldungen ein. Danach sieht das vorläufige Gesamtergebnis allein an Toten so aus:

- in Bremen ein Toter,
- in Clausdorf bei Hamburg ein Toter,
- in Darmstadt ein Toter,
- in Dessau ein Toter,
- in Duisburg-Hamborn zwei Tote,
- in Eckernförde zwei Tote,
- in Gnadenfrei (Schlesien) ein Toter,
- in Kassel ein Toter,
- in Köln ein Toter,
- in Ohlau (Schlesien) vier Tote,
- in Plauen ein Toter,
- in Trier ein Toter.

Die Zahl der Verletzten vom Sonntag beträgt mindestens 220.

Daß die SA es auf das Zustandekommen der Gefechte anlegt, zeigt der Polizeibericht über das Gefecht in Hagenow (Mecklenburg). Dort wollte die NSDAP eine „Kriegergefallenenehrung“ abhalten.

„Plötzlich änderte sie“ — so sagt der Polizeibericht — „ihr Programm, als sie von einem Aufmarsch der Eisernen Front in Hagenow hörte. Sie zog vor das Parteilokal der Eisernen Front,

dem Gasthof „Zur Traube“ auf dem Lindenplatz. Dort waren gerade mehrere Lastautos der Eisernen Front im Begriff, abzufahren.“

Natürlich gingen dann die Schüsse los. Ergebnis: ein Mitglied der Eisernen Front durch Bauchschuß verletzt, außerdem 15 Leichtverletzte; die gesamte Einrichtung der Gastwirtschaft „Zur Traube“ zertrümmert.

Am Montag fand in Beverungen (Kreis Minden) eine anderthalbstündige Straßenschlacht mit Nazis statt. Ein SA-Mann wurde erstochen, mehrere andere wurden durch Revolverbeschüsse schwer verletzt.

Zu regelrechten Straßenschlachten kam es am Montag auch in Hagen beim Rückmarsch der Nazis von einer Kund-

gebung auf der „Kuhweide“ in Hagen-Delstern. Etwa 20 Verletzte.

Die SPD schickt am Dienstag zum zweiten Mal einige Parteivorstandsmitglieder zu Herrn von Gayl, um ihn zu fragen, ob er jetzt den Zeitpunkt des Einschreitens im Interesse der öffentlichen Sicherheit für gekommen hält. Wir halten nichts von diesen Besuchen; sie hätten einen Sinn nur als eine die Aktionen der Arbeiterschaft begleitende Unterstützung ihres eigenen Abwehrkampfes. In der Art aber, daß sie eine derartige Ermutigung bedeuteten, werden jene Unterhaltungen von Dittmann u. s. w. nicht geführt.

Revision nationalsozialistischer Mörder anerkannt.

Der Zweite Strafsenat des Reichsgerichts hat das Urteil, das das Schwurgericht beim Landgericht I, Berlin, am 21. Dezember 1931 gegen zwei nationalsozialistische Mörder gefällt hatte, „wegen erheblicher Verfahrensverstöße“ aufgehoben.

Es handelt sich um den Kaufmann Rudolf Becker und den Maler Max Hauschke, die am 1. Januar 1931 den sozialdemokratischen Bankbeamten Graf in der Hufelandstraße in Berlin, als er von einer Silvestergesellschaft nach Hause gehen wollte, erschossen hatten. Sie flohen dann nach Oesterreich mit Unterstützung der sogenannten nationalen Bergstelle in Innsbruck, die die Aufgabe hatte, NS-Flüchtlingen weiterzuhelfen. Dokumente über die Organisation dieser Flucht wurden damals bei einer Hausdurchsuchung in den Räumen von Stennes in der Hedemannstraße in Berlin gefunden. Stennes war damals noch Osaf und leitete ein „Kommando zur besonderen Verwendung“, das in der Geschichte der politischen Morde eine Rolle gespielt hat. Becker und Hauschke wurden im Juli 1931 in Oesterreich verhaftet. Das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht I in Berlin lautete gegen beide auf sieben Jahre Zuchthaus wegen Totschlags.

Die Aufhebung dieses Urteils erfolgte auf die von den Angeklagten eingelegte Revision hin. Die Sache ist zu neuer Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen.

Generalstreik in Charleroi.

In Charleroi (Belgien) hat sich der ursprünglich von den Kohlenarbeitern ausgehende Streik zu einem Generalstreik ausgedehnt, an dem nur die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie noch nicht teilnehmen.

In Lüttich wird auf off Kohlengruben gestreikt. Die Streikenden versuchten die Arbeiter von weiteren Fabriken in Flandern und in der Umgebung von Brüssel zum Streik zu bewegen, sie wurden aber von der Polizei daran gehindert.

In verschiedenen Gegenden des Streikgebietes kam es wieder zu heftigen Zusammenstößen zwischen Streikenden und der Polizei. Leider geht auch innerhalb der Arbeiterschaft der Streit um die Führung der Bewegung los. Kommunisten und Sozialdemokraten stießen verschiedentlich heftig aufeinander.

Außerordentlicher Mitgliedererwerb der holländischen Gewerkschaften in der Krise.

(IGB.) Den holländischen Gewerkschaften ist es dank intensiver Propaganda und einer überlegenen Gewerkschaftspolitik gelungen, in Zeiten der schärfsten Krise nicht nur die Mitgliederzahlen zu steigern, sondern mehr Mitglieder zu gewinnen als zur Zeit einer vorläufigen guten Konjunktur; seit dem letzten Kongress, der im Jahre des Beginns des großen Krachs (1929) abgehalten wurde, hat der Niederländische Gewerkschaftsbund (NVV) 100 000 Mitglieder gewonnen und damit die Gesamtmitgliederzahl auf mehr als 300 000 gebracht. In den drei dem letzten Kongress vorangegangenen Jahren belief sich der Mitgliedererwerb auf 30 000. In der letzten Krisenperiode (1920 bis 1923) sank die Mitgliederzahl von 262 000 auf 182 500. Zur Illustration der Bedeutung dieser Zahlen im Rahmen der Bevölkerungsstatistik sei angegeben, daß es heute in den Niederlanden etwa 2 Millionen Lohnarbeiter gibt, von denen ungefähr 790 000 organisiert sind. Von den Landeszentralen der 7 vorhandenen Richtungen (Kommunisten, Syndikalisten, Christliche, Neutral usw.) werden etwa 670 000 Arbeiter erfaßt, so daß der NVV so viele Mitglieder zählt wie alle anderen Richtungen zusammengenommen!

Sechs Monate Krümpersystem.

Das Krümpersystem, von dem viel geredet worden ist, ist bis jetzt in sehr geringem Umfang angewandt worden, um die Entlassung von Arbeitern zu verhindern bzw. Neueinstellungen herbeizuführen. Der Sinn des Krümpersystems ist, in gewissen Intervallen von etwa 6 Monaten die Arbeiter zu wechseln und dafür Arbeitslose einzustellen, so daß die vorhandene Arbeit gleichmäßiger verteilt wird, als daß die zur Zeit in Arbeit Stehenden ständig beschäftigt bleiben, während die anderen dauernd erwerbslos sind.

Im „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 16 wird eine Übersicht über die bisherige Entwicklung des Krümpersystems gegeben. Nach dem Stande vom 15. Mai 1932 ergibt sich, daß die Landesarbeitsämter 113 Anträge zugelassen und 6 Anträge abgelehnt haben. Die größte Anzahl von Anordnungen bezüglich des Krümpersystems entfällt auf das Landesarbeitsamt Sachsen mit 40. Es folgen Südwestdeutschland mit 15, Westfalen mit 14 und Mitteldeutschland mit 9 Anordnungen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bezirke. Nach der Art der Unternehmungen ist am stärksten die Textilindustrie mit 22 Betrieben vertreten. Es folgen das Metallgewerbe mit 17, die Konsumvereine mit 15, Staats- und Gemeindebetriebe mit 12, das Verkehrsgewerbe mit 11 und der Bergbau mit 8 Betrieben. Die beteiligten Betriebe zählen insgesamt 47 500 Arbeitnehmer, von denen 82 000 vom Krümpersystem erfaßt werden. Der Wechsel in der Belegschaft erfolgt in 68 Fällen monatlich,

RGO-Arbeit auf Zeche „Sälzer-Neuack“ in Essen.

Rgb. Auf der Zeche „Sälzer-Neuack“ in Essen wurde der Betriebsrat neu gewählt. Die abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt:

BAV	229	gegenüber	444	im	Vorjahre
RGO	268	..	425
Christen	478	..	758
Nazi	150	..	115

Zu berücksichtigen ist, daß etwa 800 Bergarbeiter entlassen wurden. Prozentual haben die RGO und der BAV abgenommen, die Christen etwas, die Nazi stark gewonnen.

Das „Ruhr-Echo“ (KPD) erklärt das schlechte Wahlergebnis für die RGO mit dem Mangel an „konkreter Einheitsfrontarbeit“ und läßt die Erklärung, daß in der Hauptsache RGO-Anhänger entlassen worden sind, nicht gelten.

Daß die RGO-Betriebsräte nicht „konkrete Einheitsfrontarbeit“, nicht praktische Arbeit für die Kumpels leisten, das bestätigen uns sogar RGO-Kollegen.

„Wenn sie mal Gelegenheit haben, etwas zu beweisen, dann machen sie Mist.“

Die RGO rief im Oktober vorigen Jahres zum Streik auf, obwohl die Belegschaft gegen den Streik gestimmt hatte. Die Folge: fristlose Entlassungen.

Ein BAV-Kollege erklärt den Rückgang der Stimmen für die freien Gewerkschaften mit den Entlassungen von Freigewerkschaftern und der Unterstützung, die die Unternehmer den Werksportvereinen angedeihen lassen, von denen die Nazi-Wähler stammen. Hin und wieder werden Nazi neu eingestellt. BAV-Kollegen werden von den Steigern schikaniert, und es hagelt bei jeder Kleinigkeit Strafen.

Die öffentlichen Versammlungen

Berlin: Bezirk Neukölln: Mittwoch, den 18. Juli, 20 Uhr, Restaurant Boß, Allerstr. 40, Ecke Weisestraße. Thema: Das Volksbegehren der Arbeiterschaft. — Wie schlagen wir den Faschismus?

Essen: Donnerstag, 14. Juli, 20 Uhr, bei Kulbrock, Benstraße 49. Thema: Die Einheitsfrontpolitik der französischen Gewerkschaften. Redner: Gen. Bertholdt, Paris.

Hörde: Dienstag, 12. Juli, 20 Uhr, im Arbeiter-Samariter-Heim, Bollwerkstr. 40. Thema: Schaffung eines linken Wahlblockes von SPD bis KPD. Redner: Gen. Nora Block (Bochum).

Köln: Freitag, 29. Juli, 20,15 Uhr, Coloniahaus, Aachener Str. 5, I. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Dellbrück: Mittwoch, 13. Juli, 20,15 Uhr, im Lokal Rinke, Berg-Gladbacher Str. 1064. Thema: „Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?“

Köln-Deutz: Donnerstag, 21. Juli, 20,15 Uhr, Lokal Arenz, Siegburger Str. 60. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Köln-Sülz: Montag, 18. Juli, 20,15 Uhr, im Jugendheim, Zülpicher Str. 217. Thema: Schluß mit dem Arbeitermord! Wer schafft die Abwehrfront?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

In 25 Fällen halbmonatlich, in 13 Fällen wöchentlich, in sechs Fällen alle drei Wochen und in einem Falle alle fünf Wochen. In allen Fällen, die von Krümpersystem erfaßten Arbeiter und Angestellten zeigt, daß dieses System eine große Ausdehnung noch nicht genommen hat. Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Einführung des Krümpersystems wenig geführt. Nur in acht Fällen wurden insgesamt rund 1600 Arbeiter als Ersatz für die Aussetzer neu eingestellt. In den allermeisten Fällen erfolgt die Einführung des Krümpersystems mit Rücksicht auf sonst unvermeidliche Entlassungsmaßnahmen. Da es sich hier um eine Übersicht handelt, die nur für das erste halbe Jahr gilt, kann man wohl ein endgültiges Urteil noch nicht fällen. Anscheinend ist aber seine Anwendung keineswegs in dem zuerst beabsichtigten Sinne erfolgt.

Durch das Spielen mit Strichhölzern haben Kinder im Kreise Stolp die Einschüerung von fünfzehn Gebäuden verursacht. Sämtliche Erntevorräte und Maschinen sind verbrannt.

Feuer vernichtete zwei Bauernstellen in Tramm bei Crivitz (Mecklenburg) und ein Viehhaus auf einer Domäne in Wagon bei Dargun (Mecklenburg).

Berliner Sonntagsverkehr. Am vorigen Sonntag wurden in Berlin befördert: auf der Straßenbahn 1 229 000, auf dem Omnibus 335 000 und auf der U-Bahn 449 000, zusammen 2 013 000 Fahrgäste.

Die Berliner Freibäder hatten in der vorigen Woche außerordentlich starken Besuch: In Plötzensee waren 131 000, in Wannsee 131 200, in Müggelsee 46 000, im Flußbad Lichtenberg 35 000, in der Freibadestelle Grenzallee in Neukölln 33 000 Besucher.

Badende sollten sich vor dem Springen über die Tiefe des Wassers vorgewarnen. In Salzwedel machte ein Schwimmer an einer nur einen Meter tiefen Stelle einen Kopfsprung. Er brach sich die Wirbelsäule und war sofort tot.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

.....

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

A. JANISZEWSKI

BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH



Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon; Semmelstr. F 1 Moritzplatz 9472

druckt Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen

Erstklassige Madarbeit

Herren-Mäntel Anzüge
Damen-Mäntel Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
O. v. Guerickestr. 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel

Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Bürobedarfsartikel.

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen.
A. H. Timmermann.
Hamburg / Barossastraße 8.
Telephon: 25 53 42.

Naturreiner, echter Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987.
6.—13. Juli:
Silly: Ein Mitternachtspuk, Flick und Flocke im Gespensterschloß.
C. Th. Dreyer: Die seltsamen Erlebnisse des David Gray (Vampir).
Anfangszeiten: 16, 17, 19 und 21 Uhr.

„Nur wer der Wahrheit und Gerechtigkeit gleichgültig gegenübersteht, kann dem Irrtum und dem Unrecht gegenüber in Toleranz verharren.“
Leonard Nelson.

Die pädagogischen und politischen Schriften LEONARD NELSONS sind gerade in der heutigen Zeit, in der eine grundsätzliche Neuorientierung für jeden Sozialisten dringend geboten ist, besonders wichtig. In diesen Schriften finden wir die rechtliche Begründung des Sozialismus, außerdem zeigen sie uns den Weg zur Erreichung der klassenlosen Gesellschaft.

- Zur Politik: LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit.**
Ketzereien eines revolutionären Revisionisten.
2. Auflage, 22 Seiten 0,40 RM
— **Demokratie und Führerschaft.**
3. Auflage, 176 Seiten. Broschiert 2,40, Ganzleinen 3,40 RM
— **Ethischer Realismus.**
32 Seiten 0,60 RM
— **Führerziehung als Weg zur Vernunft-Politik.**
27 Seiten 0,60 RM
— **Öffentliches Leben.**
2. Auflage, 35 Seiten 0,60 RM
— **System der philosophischen Rechtslehre und Politik.**
715 Seiten. Broschiert 16,—, Ganzleinen 19,— RM

- Zur Pädagogik: LEONARD NELSON: Nicht bürgerliche, sondern proletarische Bildungsarbeit.**
18 Seiten 0,20 RM
— **Die Reformation der Gesinnung durch Erziehung zum Selbstvertrauen.**
2. Auflage, 265 Seiten. Broschiert 3,—, Ganzleinen 4,10 RM
— **Die sokratische Methode.**
3. Auflage, Broschiert 1,75, Ganzleinen 2,75 RM
— **System der philosophischen Ethik und Pädagogik.**
569 Seiten, Broschiert 15,—, Ganzleinen 17,— RM
— **Von der Kunst, zu philosophieren.**
35 Seiten 0,45 RM

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a,
Postscheckkonto: Berlin 818 42.

ISK

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Erscheint in:
Deutsch, Englisch und Esperanto

Internationale Verlags-Anstalt G. m. b. H.
Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Wir setzen Nelsons Kampf fort.

Rpt. Die Gesellschaft der Freunde der philosophisch-politischen Akademie veranstaltete am Montag abend im Berliner Lehrervereinshaus eine gut besuchte Gedenkfeier zum 50. Geburtstag ihres Gründers Leonard Nelson. Drei Reden brachten die Lebensarbeit von Nelson in ihrer Bedeutung für den heutigen Kampf gegen das Unrecht den Hörern nahe. Sie ermöglichten es ihnen, sich in einer gemeinsamen Stunde der Besinnung Rechenschaft zu geben über die Aufgaben, die Nelson sich selber, die er seinen Mitarbeitern stellte und noch stellt.

Der Auftakt.

Grete Hermann sprach von Nelson als dem Mann, der die Ethik zur Wissenschaft erhoben hat, der gerade diese wissenschaftliche Aufgabe anpackte, um objektive Maßstäbe für das Handeln zu gewinnen. Schon durch die Fragestellung, mit der er an die Philosophie herantrat, hat er selber seine wissenschaftliche Arbeit charakterisiert als den Auftakt zu einer weiterführenden Arbeit: der Anwendung der gewonnenen praktischen Ergebnisse.

Die Rednerin entwickelte, wie das Ziel der Politik durch Nelsons Rechtslehre bestimmt wird und seinen Ausdruck findet in dem Rechtsgesetz.

Durch das Rechtsgesetz wird keine Rangordnung der Interessen festgelegt. Der Politiker, der das Rechtsgesetz der Gesellschaft auferlegt, muß aus der Erfahrung um die Interessen der Menschen wissen. Seine Aufgabe ist: dem Menschen Freiheit zu lassen, ihr Leben selber zu bestimmen, und ihre Freiheit zu beschneiden, wo sie ihre Freiheit dazu mißbrauchen, berechnete Ansprüche zu unterdrücken. Wie der Politiker diese Aufgabe im einzelnen durchführt, das zu sagen, kann nicht Aufgabe des Philosophen sein, da er dazu die Interessen kennen muß — und das ist Sache der Erfahrung. Die Frage der Verwirklichung des Rechts im öffentlichen Leben führte Nelson zusammen mit dem Nationalökonom Franz Oppenheimer.

Die Wirtschaft im Rechtsstaat.

Oppenheimer selber sprach in alter Wärme und Frische davon, wie Nelson und er sich gefunden haben: „Wir wußten nichts von einander, als wir angingen. Um mich eines Bildes zu bedienen, das ich schon einmal brauchte, so trieben wir, jeder von seiner Seite, unser Bohrloch in den Berg, und es kann keinen stärkeren Beweis für die grundsätzliche Wahrheit unserer Auffassung von Welt und Gesellschaft geben, als die Tatsache, daß wir uns in der Mitte des Weges trafen. Wir trafen uns in Wahrheit wie die beiden Kolonnen, die einen Tunnel vortreiben. Von dem Augenblick an war unser Werk eins, waren seine Schüler die meinen und meine Schüler die seinen. Und auch wir selber als Menschen einten uns in einer starken Männerfreundschaft.“

Oppenheimer wiederholte zum 50. Geburtstag Nelsons die Verse, die er ihm kurz vor seinem Tode gewidmet hatte:

Der Denker.

Wohrtester Frone
bei kärglichem Lohne
Werf' ich Netze
Und hoffe Schätze.
Im Strecken und Bücken:
Rinnen die Jahre,
Krümmt sich der Rücken,
Bleichen die Haare.
So werk' ich am grauen Meere der Zeit:
Der ewig leeren Unendlichkeit.
Einst fördern die Netze
Empor aus dem Feuchten
Edelste Schätze,
Steine, die leuchten.
Gesegneter Frone!
Heiliges Glück!
Sie werden die Krone
der Menschheit schmücken,
Weisen im funkelnden Lichterspiel
den sonst ordunkelnden Weg zum Ziel.
So wirk' ich am leuchtenden Meere der Zeit:
Der herrlich erfüllten Unsterblichkeit.

Wie soll die Wirtschaft im Rechtsstaat aussehen? Oppenheimers Antwort ist den Lesern des „Funken“ bekannt:

Im Rechtsstaat soll wirklich freie Konkurrenz herrschen.

Auch den Haupteinwand gegen Oppenheimers Theorie kennen wir: „Ist denn nicht der Kapitalismus als solcher das System der freien Konkurrenz, und sind nicht all die Krisen und die Kriege, die aus ihnen hervorgehen, Folgen nur dieser einen Ursache?“

Oppenheimer gab noch einmal die Antwort: „Der Kapitalismus ist nicht das System der freien Konkurrenz, und daher ist die freie Konkurrenz an all den schlimmen Dingen unschuldig, deretwegen sie verurteilt worden ist. Ich betreibe das Wiederaufnahmeverfahren gegen diese unschuldige Duldnerin vor dem Tribunal der Wissenschaft, und ich werde ihre frühere Würde noch durchsetzen.“

Er belegte die Richtigkeit seiner Antwort aus der Geschichte und durch Behauptungen von Karl Marx.

Oppenheimer schloß: „Wir können Nelsons Andenken nicht ändern, nicht besser ehren, als indem wir geloben, auf seinem Weg zu seinem Ziele weiter kämpfend vorzudringen, rücksichtslos gegen alle Gefahren, die uns auf diesem Wege bedrohen. Sein Geist schreitet uns voran — zum Siege.“

Die Verwirklichung des Rechts.

Minna Specht nahm in der dritten Rede die Schlussworte Oppenheimers auf: „... zu seinem Ziele kämpfend vorzudringen.“ Es gilt, das aufgewiesene Ziel durchzusetzen in der Gesellschaft. Das müssen wir tun. Wir müssen den guten Willen mobilisieren.

Der gute Wille beruht auf zwei Voraussetzungen: Erstens auf dem festen Glauben an die Kraft des Menschen, seinem Leben selber ein Ziel zu setzen; zweitens auf der realistischen Einsicht in die Widerstände, die dem Kampf um ein solches Ziel in der Natur entgegenstehen.

Um den guten Willen, der aus dieser Einsicht entspringt, vor den Erschütterungen des Zweifels und der Ermattung zu schützen, ist die Philosophie, die den Wahrheitsanspruch dieses Glaubens verteidigt, notwendig als unbestechlicher Anwalt dieses Willens. Um sie dazu zu machen, hat Nelson auf dem Gebiet der Philosophie jahrelang gearbeitet. — nach seinen eigenen Worten getrieben von der Aufgabe: „dem beschämenden Zustand ein Ende zu machen, daß Menschen über die Gründe ihrer Entscheidungen keine klare und eindeutige Antwort geben können.“

Nelsons philosophische Lehre ist in Büchern niedergelegt. Sie sind das Asyl der praktischen Vernunft geworden, — freilich heute ein fast hermetisch abgeschlossenes Asyl. Denn diese Bücher werden kaum gelesen. Die einen, die handeln, haben keine Zeit, sich diesem Studium zu widmen. Die anderen, die die Freiheit hätten, vor allem die Schüler der Hochschulen, verschließen sich diesen Büchern. Den Grund dafür nennt das Wort von Platon:

„Bei widerstrebender Geistesrichtung schlägt die Philosophie in der Seele überhaupt nicht Wurzel.“

Es ist der praktische Charakter dieser Wissenschaft, die Verbindlichkeit, die ihren Ergebnissen innewohnt, was der bloß intellektuellen Beschäftigung mit der Ethik entgegensteht. Für diese Bedeutung der Ethik haben diejenigen weit mehr Verständnis, die unter dem Unrecht unmittelbar leiden als diejenigen, die diesem Unrecht betrachtend gegenüber stehen. Nelson wandte sich daher mehr und mehr von den Kreisen der Hochschule ab; er wandte sich den Arbeitern zu.

Seit Nelsons Tod ist die Lehre der Erfahrung schärfer geworden. Das Unrecht hat Riesenproportionen angenommen. In den sogenannten Kulturvölkern wird heute Millionen von Menschen das Recht auf Arbeit abgesprochen; die Gesellschaft schiebt sich an, das Recht, innerhalb dieses Zustandes wenigstens die Existenz gesichert zu bekommen, mit einem Almosen abzufinden. Es bedarf keiner künstlich herbei-

Die Anfänge einer Lehrer-Organisation.

Im Winter des Jahres 1922 beschloß der Göttinger Lehrerverein, wie das schon mehrfach geschehen war, einen Dozenten der Universität zu einem pädagogischen Vortrag vor der Göttinger Lehrerschaft einzuladen. Im Jahre vorher hatte man Nohl über die „pädagogischen Strömungen der Gegenwart“ gehört; dieses Mal wurde von einem Mitglied des Lehrervereins der Vorschlag gemacht, an Nelson heranzutreten. Das geschah. Die Antwort war keine glatte Zusage. Nelson erklärte dem Vorstand, daß er von dem ihm vorgelegten Plan einer Vortragsreihe nicht viel halte, daß er dagegen zu einer Arbeitsgemeinschaft mit den Lehrern bereit sei, in der einmal versucht werden sollte, durch ein gemeinsames Gespräch einen Standpunkt zu gewinnen, dem alle zustimmen könnten. Die Lehrer konnten sich unter dieser Art Arbeitsgemeinschaft zwar nicht viel vorstellen; aber es schrieben sich doch ungefähr 50 als Teilnehmer ein. Ausgangspunkt der Arbeit war eine Schrift von Nelson: „Erziehung zum Knechtsgeist“, die jeder Teilnehmer vor der ersten Aussprache gelesen haben sollte — eine für die meisten ungewohnte und unerwartete Zumutung!

Mit gespannter Erwartung und etwas nervöser Beklommenheit fanden sich die Lehrer zum ersten Ausspracheabend ein. Man war allgemein der Ansicht, daß man „philosophieren“ solle, also vor einer hohen, an Gelehrtentum grenzenden Aufgabe stehe. Diese Erwartung wurde gleich am ersten Abend gründlich enttäuscht. Wer fleißig studiert hatte, fand keine Gelegenheit, das erlernte Wissen anzubringen. Wenn er zu einer längeren Erklärung ansetzen wollte, wurde ihm das Wort abgeschnitten mit der Bitte, doch keine Monologe zu halten, sondern an den Vorredner anzuknüpfen und so dazu beizutragen, daß eine gemeinsame Unterhaltung in Gang käme. Ja auf noch viel einfachere Dinge mußten die Teilnehmer sich aufmerksam machen lassen: „Haben Sie zugehört, was eben behauptet worden ist?“ „Ja, natürlich!“ „Dann wiederholen Sie doch bitte, was Sie gehört haben!“ — Gewöhnlich folgte dann eine völlig entstellte, zuweilen gar keine Wiederholung des vorher Gesagten. Nelson hielt ferner darauf, daß deutlich gesprochen wurde, damit jeder das Gesprochene wenigstens hörte, daß die Sätze klar formuliert wurden, damit nicht nur die Worte, sondern auch deren Sinn aufgefaßt werden konnten.

Es ist verständlich, daß nicht alle Teilnehmer die puritanische Einfachheit solcher Aussprachen ertrugen. Nur wenige spürten etwas von dem tiefen Sinn, der hinter diesen scheinbaren Aeußerlichkeiten steckte, die manche als Nörgelei oder, schlimmer noch, als Schikane empfanden. Viele blieben im Lauf der Arbeit weg.

Aber auch diejenigen, die der ungewohnte Ernst dieser Arbeit packte, verstanden erst langsam, worauf diese Methode abzielte. Manches wurde klar, als Nelson im Dezember des gleichen Jahres in einer stundenlangen, durch den Inhalt und die Form gleich eindrucksvollen Rede vor der Pädagogischen Gesellschaft die „sokratische Methode“ darstellte und sie gegen die viel beliebtere, leichter zu handhabende dogmatische Methode verteidigte. Er wies darauf hin, daß erst ein längerer Umgang mit der sokratischen Arbeitsweise den Schüler empfinden lasse, wie in seinem Kopf mit allem nur Angelernten und kritiklos Uebernommenen gründlich aufgeräumt werde und wie er selber dadurch zu eigenem Denken und geistiger Selbsttätigkeit frei werde.

An diese mühselige Arbeit, das üppig wuchernde Unkraut aus den Schulmeisterköpfen auszuroden, hatte Nelson Hand angelegt. Er besaß die Geduld des Erziehers, der von sich aus die Hand nicht zurückzieht.

Als die vorgesehene Arbeit ihr Ende gefunden und der Vorsitzende des Lehrervereins in den üblichen Worten Nelson für die aufgewandte Mühe gedankt hatte, bezeichnete dieser, auf den Vorschlag eines Mittelmannes hin, 15 Teilnehmer, mit denen sich nach seiner Meinung ein Weiterarbeiten lohnte. In Nelsons Arbeitszimmer, in dem sich so gut denken und arbeiten ließ, versammelten sich nun allwöchentlich am Sonnabend, am Schulmeistersonntag, dieser kleine Kreis, der bald fest zusammenwuchs, nachdem noch einige stillschweigend ausgeschieden waren.

Die erste Arbeitsgemeinschaft hatte zu dem Ergebnis geführt, die Aufgabe der Erziehung sei, Menschen zur Selbsttätigkeit und Selbstbestimmung fähig zu machen. Der kleine Kreis, der die Arbeit fortsetzte, richtete seine Aufmerksam-

geführten Einsicht, dieses Unrecht zu begreifen. Trotzdem steht die Arbeiterschaft nicht auf, es zu beseitigen. Wie kommt es, daß der gute Wille der Arbeiterschaft gebrochen ist? An dieser Stelle zeigt sich das volle Verhängnis der marxistischen Lehre vom historischen Materialismus.

Wenn die Verwirklichung des Sozialismus durch die Gesetze der ökonomischen Entwicklung gesichert ist, dann ist die Verantwortung für diese Sicherung dem guten Willen entzogen.

Wenn aber diese Verantwortung nicht mehr bei dem Willen steht, dann wird er das Maß an Anstrengung, an Selbstdisziplin nicht aufbringen, das nötig ist, um aus dem Willen den Charakter zu bauen. Der Mensch wird nicht dazu schreiten, den Pflichtantrieb zum beherrschenden unter allen Antrieben zu machen. Die Verdrängung der Bedeutung des Charakters für die Verwirklichung rechtlicher Zustände hat dazu geführt, daß die Ansprüche des Charakters in der Arbeiterschaft heute keine Achtung mehr erfahren.

Die entscheidende Aufgabe, auf die es daher für die Partei des Rechts ankommt, besteht darin, die Ansprüche des Charakters wieder zur Geltung zu bringen. Handelnd wird der Wille des Menschen gefestigt, im unmittelbaren Tageskampf gegen das Unrecht. Die Sorge, daß hierbei die Orientierung an der wissenschaftlich gesicherten rechtlichen Wahrheit verloren geht, verspricht nichts. Das Asyl der praktischen Vernunft ist da. Wenn die Kämpfer für das Recht, die der Orientierung bedürfen, Zeit und Mühe haben, zu dieser wissenschaftlichen Wahrheit vorzudringen, so werden sie es tun, mit dem Ernst, der ihnen für die Bedeutung dieser Wahrheit aus ihrem Kampf erwachsen ist. Durch den Kampf für das Recht, durch die Festigung ihres Willens sind sie vorbereitet, die Lehren der praktischen Philosophie aufzufassen.

Minna Specht schloß mit den Worten Nelsons: „Das ist das Große und Bezwingende der Rechtsidee, daß sie eine bestimmte Aufgabe stellt, daß sie diese bestimmte Aufgabe als notwendig erkennen läßt, daß sie deren Erfüllung als Grundbedingung eines menschenwürdigen Daseins erweist und damit dem, was der Mensch soll, eine klare und sichere Richtung gibt.“

keit auf die Möglichkeit, eine solche Aufgabe durchzuführen. Die Ansichten, die wir fast alle noch von den Seminaren her mitgebracht hatten, über den Einfluß und die Bedeutung, die wir als Lehrer für die Volksbildung besäßen, hielten der Prüfung nicht stand. Wir hatten die Welt durch eine rosige Brille gesehen, die drei Gegner einer freien Erziehung vor unseren Blicken verbarg: den Klerikalismus, den Kapitalismus und den Imperialismus.

Die Aussprache beschränkte sich zunächst auf den ersten Punkt: Was bedeutet eine Erziehung, die unter dem Einfluß der Kirche steht? In wochenlangen Aussprachen wurde langsam klar: Jede Unterwerfung des kindlichen Geistes unter Dogmen, deren Annahme ihm zugemutet wird, ohne daß ihm die Frage nach ihrer Begründung erlaubt, geschweige denn beantwortet wird, dient dazu, die Unabhängigkeit des Denkens zu brechen. Die Unterwerfung des Kindes unter Autoritäten, deren Gebote als unantastbar gelten, bündeln die Freiheit seines Willens, das eigene Handeln durch die eigene Einsicht bestimmen zu lassen. Wir begriffen langsam die Größe des Unrechts, Kindern sogenannten Religionsunterricht zu erteilen.

Daraufhin Nelson: „Es lohnt sich nicht, über neue Dinge zu reden, ehe Sie nicht die Konsequenz aus diesem ersten Erkenntnis gezogen haben. Andernfalls würden wir nur die Zahl der Diskutierklubs um einen vermehren.“

Diese Konsequenz hieß: Niederlegung des Religionsunterrichts und Austritt aus der Kirche. Seit 1918 stand dem Lehrer verfassungsmäßig das Recht zu solchen Schritten zu. Aber was stand ihnen alles entgegen! Gefühlsmäßige Hemmungen, Folgsamkeit, Rücksicht auf Familienangehörige, Sorge, sich selber die Karriere zu verderben, all das war zu überwinden. Bisher war die Arbeit mit Nelson ein geistiger Genuß gewesen. Jetzt wurde die erste Probe an den Ernst, an den Charakter der Mitarbeiter gestellt.

Da teilte der Älteste aus unserem Kreise, Wilhelm Köhler, 54 Jahre alt, zweiter Lehrer in Hammerstedt bei Northelm, eines Tages gelassen mit: „Ich habe mich heute aus der Kirche abgemeldet. Daß einem das nicht längst eingefallen ist!“ Köhler, seit Jahren aktives Mitglied der SPD und glühender Verfechter der Demokratie, gab ein Vierteljahr später sein Ideal der Demokratie auf, nachdem er auf Grund einer vorurteilsfreien Abwägung der für und gegen dieses Ideal vorgebrachten Gründe eingesehen hatte, daß es unhaltbar war. Er war der Beste unseres Kreises, der Kern der kleinen Kampftruppe von Lehrern, die sich später zum „Sozialistisch-dissidentischen Lehrerkampfbund“ zusammenschloß. Er hat die Gründung dieses Bundes nicht mehr erlebt; aber sein Vorbild hat mit dahin gedrängt. Köhler wurde 1921 heimtückisch von Faschisten ermordet.

Der Austritt aus der Kirche und die Niederlegung des Religionsunterrichts waren nicht die einzigen Konsequenzen, zu denen die eigene Einsicht uns nötigte. Das Studium der Gegner von Freiheit und Recht, mit dem sich unsere Aussprachen befaßten, führte zu dem Ergebnis, daß die Lehrer, gerade als Sachwalter einer freien Erziehung, heute nicht das Recht haben, sich auf die ihnen naheliegenden Erziehungsaufgaben zu beschränken. Denn diese Gegner sind bereit und — wenn sie auf keine politische Gegenkraft stoßen — auch in der Lage, durch den Einsatz ihrer politischen Macht die Wirksamkeit jedes Erziehungswerkes lahmzulegen, das ihre Ziele durch bloße Aufklärungsarbeit zu durchkreuzen sucht.

Diese Einsicht bestimmte die weitere Arbeit unserer Gruppe. Sie verlangte organisatorischen Zusammenschluß und die Bereitschaft zur politischen Arbeit. Das Statut des „Sozialistisch-dissidentischen Lehrerkampfbundes“ (LKB) zieht die Konsequenz.

In § 3 Satz 1 heißt es von den Aufgaben des LKB: „Sein Zweck ist die Befreiung der Schule von der Kirche und der Aufbau einer Staatsschule, die allen Volksgenossen eine Erziehung zu vernünftiger Selbstbestimmung gewährt und sichert.“

Satz 2 und 3: „Der Bund geht von der klaren Erkenntnis aus, daß dieses Ziel nur auf dem Umwege über den politischen Kampf verwirklicht werden kann, da aller ernsthafter Erfolg unmittelbar pädagogischer Reformarbeit durch die an ihrer Niederhaltung interessierte herrschende Macht vereitelt wird. Der Bund verlangt deshalb von seinen Mitgliedern ständige Teilnahme am politischen Kampf in den Reihen des klassenbewußten Proletariats.“

Erna Siem.

Wie ein Planwirtschaftler die Wirtschaftskrise sieht.

Im sozialdemokratischen Dietz-Verlag ist vor kurzem von Kurt Mendelsohn eine knapp und interessant geschriebene Broschüre erschienen mit dem bezeichnenden Titel „Kapitalistisches Wirtschaftschaos oder sozialistische Planwirtschaft?“ (67 Seiten, 75 Pfennig.)

Viele einzelne Tatsachen sind richtig berichtet. In vielen einzelnen Urteilen stimmen wir überein. Was Anlaß zur Kritik bietet, steht eigentlich bereits im Titel. Zu ihm wie zu allen solchen Gegenüberstellungen müssen immer wieder die Fragen aufgeworfen werden:

1. In welchem Sinn ist es ein kapitalistisches Wirtschaftschaos, daß wir vor uns haben?
2. Stehen als Wirtschaftsordnungen nur zur Wahl: Kapitalismus und sozialistische Planwirtschaft?

Es ist kein spitzfindiger Streit um Worte, den immer von neuem zu führen wir uns verpflichtet halten. Es ist auch nicht etwa nur ein Streit um „sozialistische Fernziele“. Es ist außerdem ein Streit um die heute erforderliche sozialistische Wirtschaftspolitik.

Was die Worte in diesem Streit bedeuten, wird in dieser Nummer unter dem Strich auseinandergesetzt. Um es kurz vorweg zu nehmen: Durch Worte wird Vieles nicht nur der richtige Weg zum sozialistischen Ziel verrammelt, sondern bereits der Weg zum Nachdenken darüber, welches der richtige Weg ist.

Kapitalistisches Wirtschaftschaos?

„Tote Schächte, ausgeblasene Hochöfen, ruhende Spindeln und Webstühle, feiernde Schornsteine und menschenleere Fabriksäle — und Millionen von Menschen aller Länder strecken nach Arbeit vorgeblich ihre Hände aus.“ (Seite 5.)

Jawohl, so sieht es heute aus! Vom Standpunkt des Ausbeuteten aus kann man sehr wohl von einem Chaos sprechen. Ist aber dies Chaos ein Ergebnis des „unregulierten Wirtschaftsablaufs“? Der „Anarchie der Produktion“? Der „unkontrollierten monopolistischen Wirtschaft“? Der „nicht planmäßig gesteuerten Wirtschaft“?

Wird der Wirtschaftsablauf nicht gerade reguliert, kontrolliert, gesteuert — oder wie man sonst sagen will — teils von einzelnen besonders mächtigen Kapitalistengruppen, teils im Auftrage der Kapitalisten von der Regierung des kapitalistischen Staates?

Mendelsohn macht das für einen Marxisten große Zugeständnis: es sei nicht durch einen automatischen Prozeß, sondern nur durch „bewusste Gestaltung“ möglich, eine andere Wirtschaftsordnung aufzubauen. (Seite 6.) Wir stimmen ihm voll zu! Dasselbe gilt aber auch für die Aufrechterhaltung des Kapitalismus durch die heute herrschende Klasse. Deren Mitglieder gestalten bewußt die Wirtschaft und steuern sie oder lassen sie von ihrer Regierung so steuern, daß ihre Klassenherrschaft erhalten bleibt und ihnen möglichst viel Einkommen und Macht einbringt. Mag das Ergebnis für die hungernden Massen von deren Beobachtungsstandpunkt aus noch so chaotisch und planlos aussehen,

was wir vor uns haben, ist das Ergebnis einer planmäßig gesteuerten Ausbeuter-Wirtschaft.

Er zählt auf, was Großkapitalisten alles unter ihre Kontrolle bringen: „Meinungsfabriken“, Unterhaltungsbetriebe und Privatarmeen, und spricht dann doch sofort wieder von „unkontrollierter“ Monopolwirtschaft. Das kommt einfach daher, daß er,

was nicht vom sozialistischen Staat kontrolliert wird, „unkontrolliert“ nennt.

Jemand, der ständig eine rote Fahne „nicht rot“ nennt, den wird man auslachen. Wer aber eine kontrollierte Wirtschaft „unkontrolliert“ nennt, der erhält Beifall von denen, die unter dieser Kontrolle leiden und denen ihr Ergebnis chaotisch vorkommt, weil sie den Plan nicht sehen, der zu ihrer Not geführt hat. Sie sehen ihn vor allem deshalb nicht, weil sie planmäßig durch zahlreiche Redner und Schreiber davon abgehalten werden, nach diesem Plan zu suchen. Weil sie ihn nicht suchen und also auch nicht finden, haben sie gar nicht die Möglichkeit, ihm einen richtigen Gegenplan entgegenzustellen.

Noch einmal:

Es ist kein Streit um Worte, den wir hier führen, sondern ein Streit um die richtige Wirtschaftspolitik.

Kontrolle der Sprache.

Voraussetzung für die Schlichtung dieses Streites ist, daß die Streitenden dieselbe Sprache sprechen.

Wenn man die Sprache mißhandelt und dadurch als Mittel zur Verständigung unter Menschen unbrauchbar macht, er-

geben sich scheinbar — aber auch nur scheinbar! — herrliche Konsequenzen. Mendelsohn behauptet: „Nun sind, solange es private Wirtschaftsführung gibt, Kapitalfehllösungen unvermeidliche Begleiterscheinungen der Wirtschaftsordnung. Irrtümliche Kalkulation, Fehlschlagen von Erfindungen, Wandlungen der Technik, des Konsums, der Mode, aber nicht zuletzt auch Spekulationen und Machtkämpfe werden immer wieder in der kapitalistischen Wirtschaft, in der die Entscheidungen von einzelnen Unternehmern und Unternehmungsgruppen getroffen werden, Fehldispositionen und Kapitalverluste mit allen ihren Störungen zur Folge haben.“ (Seite 11/12.)

Das sind also alles unvermeidliche Begleiterscheinungen der heutigen Wirtschaftsordnung? Mendelsohn meint sicherlich: nur der heutigen Wirtschaftsordnung!

Greifen wir einen Punkt heraus! Werden in der gepriesenen sozialistischen Planwirtschaft keine Erfindungen mehr fehlschlagen? Nein! Das wird durch Kontrolle ausgeschlossen, zwar nicht durch Kontrolle der Wirtschaft, aber durch Kontrolle der Sprache. Diese Kontrolle wird verboten, das, was man heute Fehlschlagen von Erfindungen nennt, noch so zu nennen. Man wird es dann zum Beispiel nennen: unvermeidlichen Umweg beim Ausprobieren von Erfindungen. — Damit dieser Umweg nicht zu Fehldispositionen und Kapitalverlusten führt, ist noch eine weitere Sprachkontrolle notwendig. Man muß auch das, was man heute „Fehldispositionen und Kapitalverluste“ nennt, umtaufen. Wir wollen dafür der Phantasie unserer Leser keine Schranken setzen. Klar ist: sachlich geändert wird durch die Kontrolle der Sprache gar nichts. In jeder Wirtschaftsordnung wird das vorkommen, was wir heute nennen: irrtümliche Kalkulation, Fehlschlagen von Erfindungen, Wandlungen der Technik. Diese Erscheinungen werden zu Fehldispositionen und Kapitalverlusten und diese wieder zu Störungen führen.

Mendelsohn fängt übrigens heute bereits, da seine Wirtschaftskontrollen ja noch nicht funktionieren, mit Sprachkontrollen an. Für den gewöhnlichen Sterblichen werden mancher seiner Sätze daher überhaupt unverständlich. Es wäre vordienstlich vom Dietz-Verlag, wenn er den Schriften solcher Sprachkontrolleure künftig kleine Wörterbücher begeben würde.

Auf Seite 11 heißt es zum Beispiel bei Mendelsohn: „Eben niedergebrachte Kohlenschächte können überhaupt nicht mehr befahren werden.“ Vorschlag für das Wörterbuch:

können nicht = Kartelle erlauben es nicht.

Doch das nur nebenbei und um einige noch zögernde Leser dazu anzuregen, einmal darüber nachzudenken, wozu die Sprache eigentlich dienen soll und was durch ihren Mißbrauch verhindert wird.

Kann man die Steuerung ändern?

Um uns mit Mendelsohn weiter auseinanderzusetzen zu können, tragen wir zunächst in unser Wörterbuch ein:

Wirtschaftschaos = Ergebnis der Steuerung der Wirtschaft durch Kapitalisten.

Mendelsohn führt eine Reihe „un erfreulicher“ Ergebnisse dieser Steuerung an. Wer die Planwirtschaft nicht wünscht, muß sich bei allen die Frage stellen: Lassen sich diese Ergebnisse bei einer anderen Steuerung der Marktwirtschaft vermeiden, oder ist dazu die Ausschaltung des Marktes und die Leitung der Wirtschaft mit Hilfe eines Systems von Planstellen notwendig, die den Gang der Wirtschaft bis ins einzelne regeln? Greifen wir einige Beispiele willkürlich heraus:

1. „Infolge der fehlerhaften Organisation der deutschen Treibstoffwirtschaft ist der Verbraucherpreis für Benzin um 5 Pfennige pro Liter allein deshalb überhöht, weil ein viel zu großer Verteilungsapparat von Tankstellen u. s. w. hingestellt worden ist.“ — Mendelsohn verrät selber, daß der mühselige Erwerb von Monopolgewinnen die Grundlage für diese großen Kapitalanlagen gebildet hat. (Seite 19/20.) Also: Wenn die Oelkapitalisten nicht so viel mühselosen Verdienst gehabt hätten, dann hätten sie dieses übergroße System von Tankstellen nicht hinstellen können, dann wäre das Benzin billiger. Dafür, daß sie nicht so viel mühselos verdienen können, kann man aber auch bei Aufrechterhaltung der Marktwirtschaft sorgen. Wir zeigen einen Weg dazu. Man muß ihn mindestens prüfen, ehe man sagt, nur sozialistische Planwirtschaft könne das Benzin um jene 5 Pfennige verbilligen.

2. Die Vertriebs- und Handelspreise für Tabakwaren ist deshalb sehr hoch, weil es viel zu viele Tabakläden und Tabakhändler gibt. — Auch in diesem Falle verrät Mendelsohn, unter welchen Umständen das so ist, nämlich: „Solange es für die deklassierten Schichten und die Abgebauten gar keine andere Zufluchtstätte gibt als die Eröffnung eines Zigarrenladens, eines Kolonialwaren- oder Milchgeschäftes“

(Seite 23). Auch das Vorhandensein dieser deklassierten Schichten ist eine Folge der heutigen kapitalistischen Einkommensverteilung. Jene überhöhte Handelsspanne kann man also auch ohne Planwirtschaft abbauen, einfach durch Aenderung der Einkommensverteilung.

3. Mendelsohn fragt: „Wo bleibt da der ideale Regulator der freien Konkurrenz, der angeblich dafür sorgen soll, daß der Konsument stets zu den denkbar billigsten Preisen beliefert wird?“ (Seite 22.) — Mendelsohn scheint von der „freien Konkurrenz“ eine merkwürdige Vorstellung zu haben. Wir sind der Meinung, daß bei einer monopolfreien Marktwirtschaft — in der es also weder Bodensperre, noch Zölle und Subventionen und all die anderen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft gibt — die freie Konkurrenz ein sehr gut brauchbarer Regulator ist. Heute ist er ausgeschaltet oder lahmgelegt. Mendelsohn gibt ja selber zu, daß es heute zahllose Monopole gibt! Meint er wirklich: alle diese Eingriffe hätten zwar stattgefunden; aber nicht sie hätten die Marktwirtschaft zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft gemacht, sondern eine sagenhafte „notwendige Entwicklung“? Meint er also — um ein treffendes Wort von Oppenheimer zu gebrauchen — die Geschichte sei zwar gewesen, aber sie habe nicht gewirkt?

4. Mendelsohn sagt weiter: „Das einzelne Bankunternehmen stellt nicht die Frage, ob wir bereits zu viel Bergwerke, zu viel Automobilfabriken, Vergnügungspaläste oder Warenhäuser haben, sondern interessiert sich lediglich dafür, ob es Sicherungen für seinen Kredit erhält ... und ob es an dem Geschäft gut verdienen kann.“ (Seite 34!) — Das braucht keineswegs ein Gegensatz zu sein! Man braucht bloß die Wirtschaft so einzurichten, daß die Bankdirektoren sicher sind: ihre Verluste werden nicht vom Staat übernommen, ferner so, daß die Bankdirektoren wissen: die Schwerindustrie erfreut sich nicht des besonderen Schutzes der Staatsmacht, ferner so, daß es keine reichen Nichtsteuerer gibt. Dann werden unter den geschilderten Umständen die Bankdirektoren aus reinem Geschäftsinteresse neue Bergwerke, neue Luxusvergnügungspaläste nicht finanzieren helfen, genau so, wie sie das heute aus Geschäftsinteresse tun.

Der Weg der Befreiung.

Kein einziges der von Mendelsohn angeführten Beispiele kann uns von der Ueberzeugung abbringen, daß es möglich ist, der kapitalistischen Marktwirtschaft die kapitalistischen Giftzähne auszubrechen. Mit anderen Worten: es scheint uns nach wie vor möglich, das Steuer der Wirtschaftspolitik heranzureißen und dadurch die Ausbeutung zu beendigen.

Mendelsohn glaubt freilich, wir seien bereits auf dem Weg vorwärts zur sozialistischen Planwirtschaft. Sein Triumph: „Selbst die Regierung Brüning hat — freilich viel zu spät und ... erst unter dem Druck der Arbeiterbewegung — Reformmaßnahmen durchführen müssen. Eine durch und durch konservative und antisozialistische Regierung ist so zum Vollstrecker weitgehender staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft geworden. Sie hat mit der Schaffung der Bankenaufsicht anerkannt, daß die Verwaltung des Volksvermögens nicht mehr reine Privatangelegenheit bleiben darf.“ (Seite 61.)

So ist Mendelsohn geblendet von dem Wunschbild der sozialistischen Planwirtschaft, daß er gar nicht merkt, daß die Kapitalisten und ihr Sachwalter Brüning lediglich das Tragen von Bankverlusten nicht als „reine Privatangelegenheit“ mehr behandeln wollten. Und dazu sei wirklich ein Druck der Arbeiterbewegung erforderlich gewesen? Wir haben keinen solchen Druck bemerkt, außer dem Druck auf Zeitungspapier, und dieser war gewiß nicht notwendig, um den Kapitalisten klar zu machen, daß die Sozialisierung der Verluste eine für sie ausgezeichnete Sache ist.

Es ist ein gefährlicher Irrtum der Planwirtschaftler, zu meinen, der Weg der Befreiung sei bereits angetreten, weil die Kapitalisten die Bevölkerung heute noch planmäßiger als bisher ausbeuten. Das ist kein Irrtum, den wir als ganz besonders merkwürdige Kuriosität in unserer an Merkwürdigkeiten auch sonst reichen Zeit buchen und über den wir dann zur Tagesordnung übergehen dürften. Es ist

ein Irrtum, den wir täglich und stündlich bekämpfen müssen, denn er führt die Arbeiterschaft in eine hoffnungslose Sackgasse.

Dieser Irrtum läßt Arbeiterzeitungen Stinnes preisen als einen ihrer Größten und läßt Arbeiter sich freuen über den „grandiosen“ Akt der deutschen Bankensanierung; er läßt sie still stehen, wenn Flick mit ihren Steuergroschen saniert wird, kurz, er läßt sie zusehen, daß sie in das Gewebe der Ausbeutung immer fester verstrickt werden. Dieser Irrtum nimmt ihnen die Kraft, das Gewebe der kapitalistischen Ausbeutung zu zerreißen. Darum laßt uns alles aufhören, um das Gewebe dieses Irrtums zu zerreißen.

Hellmut Rauschenplat.

WBAUSTEINE ZUM WIRTSCHAFTSWISSEN.

Sozialismus, Planwirtschaft, Marktwirtschaft.

Sozialisten können doch nicht für Marktwirtschaft eintreten! Sozialisten müssen doch eintreten für Sozialismus, das heißt: für Kollektivismus, Gemeinwirtschaft, Planwirtschaft, oder wie man es sonst nennen mag! — Das hören diejenigen Sozialisten, die für eine monopolfreie Marktwirtschaft eintreten, immer wieder.

Karl Kautsky hat einmal gesagt:

„Würde uns nachgewiesen, daß ... etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Ziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es gerade tun im Interesse dieses Endziels.“

Den Sozialismus über Bord werfen? Soll das bedeuten, daß man es aufgibt, für die Befreiung des Proletariats und der Menschheit zu kämpfen? Diese Absicht hat Kautsky nicht. Denn er sagt ja ausdrücklich, daß er bereit ist, den Sozialismus über Bord zu werfen, wenn er dadurch sein Endziel, nämlich die Befreiung des Proletariats und der Menschheit, überhaupt erreicht.

Kautsky nennt also offenbar sein Ziel (die ausbeutungsfreie Gesellschaft), nicht „Sozialismus“. Viele andere Menschen nennen dieses Ziel: Sozialismus. Kautsky hingegen benutzt dieses Wort nur, um das Mittel zu bezeichnen,

das nach seiner Ansicht zum Ziel, zur ausbeutungsfreien Gesellschaft, führt.

Eine Verständigung ist schwierig, wenn beim Wort „Sozialismus“ der eine an ein Ziel denkt, der andere jedoch an ein Mittel. Wie schwierig die Verständigung ist, wird bei Betrachtung eines einfacheren Falls klar (die Uebertragung auf unseren Fall setzen wir in Klammern): Zwei Menschen wollen ein Zimmer säubern (wollen die Ausbeutung beseitigen). Bei dem Wort „ausgefegtes Zimmer“ denkt der eine an das Ziel: sauberes Zimmer (ausbeutungsfreie Gesellschaft), der andere an die Verwendung eines bestimmten Mittels, mit dem seiner Ansicht nach jenes Ziel erreicht werden kann: Besen (Planwirtschaft). Wenn sich die beiden nun darüber unterhalten, welches Mittel zur Säuberung des Zimmers das zweckmäßigste ist, so wird ihre Verständigung auf Schwierigkeiten stoßen: Für den Zweiten steht zunächst fest, daß man zum Ausfegen einen Besen nimmt. Für den Ersten kommt außer dem Besen zum Beispiel auch ein Staubsauger in Frage. Die beiden würden sich wesentlich leichter verständigen, wenn sie ihr gemeinsames Ziel und die beiden zu seiner Erreichung vorgeschlagenen Mittel in ihren Worten deutlich auseinanderhalten würden. Sie könnten zum Beispiel sagen: Sauberes Zimmer, Besen, Staubsauger.

Aehnlich wie zum Säubern Staubsauger und Besen als Mittel empfohlen werden, werden als Mittel zur Erreichung der ausbeutungsfreien Gesellschaft zum Beispiel genannt: Planwirtschaft und: monopolfreie Marktwirtschaft.

Die Diskussion darüber, welches Mittel das bessere ist, wird nun dadurch ungeheuer erschwert, daß viele Sozialisten nicht nur wie Kautsky ein zur Erreichung ihres Ziels vorgeschlagenes Mittel (die Planwirtschaft) Sozialismus nennen, sondern außerdem ihr Ziel. Wenn zwei Genossen über Sozialismus mit einander sprechen, so müssen sie sich daher im Grunde bei jedem Satz, in dem das Wort „Sozialismus“ vorkommt, vergewissern, ob sie beide mit diesem Wort

dasselbe meinen: ihr Ziel (ausbeutungsfreie Gesellschaft) oder ein zur Erreichung dieses Ziels vorgeschlagenes Mittel (Planwirtschaft).

Wenn jemand mit Kautsky spricht, so wird er gut tun, das Wort „Sozialismus“ nur zur Bezeichnung des Mittels Planwirtschaft zu verwenden, da Kautsky selber sich ja auf diesen Sprachgebrauch festgelegt hat.

Im übrigen aber ist es sicher besser, das Wort „Sozialismus“ nur zur Bezeichnung des Ziels zu verwenden. Ueber das Ziel sind sich nämlich diejenigen, die sich Sozialisten nennen, einig, auch wenn sie sich über das zweckmäßigste Mittel zu diesem Ziel nicht einig sind. Gerade weil über das Mittel zum Ziel keine Einigkeit besteht, ist es gut, daß Sozialisten ihr gemeinsames Ziel „Sozialismus“ nennen. Sonst kommen sie unter Umständen in jene peinliche Lage, den Sozialismus über Bord werfen zu müssen!

Wir stellen hier in einer kleinen Tabelle zusammen, wie Kautsky das Wort Sozialismus benutzt, wie die meisten Sozialisten es benutzen und wie wir es zu benutzen vorschlagen.

	Ziel	In Frage kommende Mittel
Kautsky	ausbeutungsfreie Gesellschaft	1. Sozialismus (= Planwirtschaft) 2. andere Mittel auf Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln
Die meisten Sozialisten	Sozialismus (= ausbeutungsfreie Gesellschaft)	Sozialismus (= Planwirtschaft)
Unser Vorschlag	Sozialismus (= ausbeutungsfreie Gesellschaft)	1. monopolfreie Marktwirtschaft 2. Planwirtschaft